



ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

Beteiligt:

Betreff:

Bericht zur Haushaltslage

Beratungsfolge:

21.09.2017 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussfassung:

Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



Kurzfassung

Die Kurzfassung entfällt!

Begründung

1. Voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017

1.1 Eckdaten

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Zusätzlich zu den regelmäßigen Berichten zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans fordert die Bezirksregierung Arnsberg auch den Stand laut städtischem Controlling-Bericht ein.

Nach der aktuellen Prognose (Stand II. Quartal 2017) liegen die Ordentlichen Erträge um ca. + 22,2 Mio. € über den Planansätzen. Die ordentlichen Aufwendungen werden um ca. – 25,1 Mio. € überschritten, so dass sich daraus eine Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von -2,9 Mio. € ergibt.

Unter Berücksichtigung des Mehrertrages bei den Finanzerträgen (+ 1,3 Mio. €) ergibt sich insgesamt eine Verschlechterung gegenüber der Planung von ca. -1,6 Mio. €.

Somit wird nach aktuellen Erkenntnissen nicht wie geplant ein Überschuss von ca. 1,8 Mio. € eintreten, sondern ein Überschuss von ca. 175 T€ (Stand Prognose II. Quartal).

Es ist zu beachten, dass die Prognose sehr vorsichtig formuliert worden ist. Die Erträge wurden realistisch analysiert und bei den Aufwendungen wurden unsichere Faktoren wie Wertberichtigungen auf Forderungen und Abschreibungen auf Forderungen, die erst bei den Jahresabschlussarbeiten ermittelt werden, bereits mit Durchschnittswerten der letzten Jahre einbezogen. Auch die sehr hohen Personalrückstellungen des letzten Jahres wurden als Basis für die Rückstellungen dieses Jahres angesetzt.

Es ist also nach jetzigem Stand davon auszugehen, dass nicht nur die Prognose erfüllt wird, sondern das Ergebnis 2017 dem Haushaltsansatz am Ende näher kommt, oder diesen sogar positiv überschreiten wird.



Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	2017 (Haushaltsplan)	2017 (Prognose)	Abw. (in €)
Ordentliche Erträge	-677.261.411 €	-699.428.101 €	22.166.690 €
Ordentliche Aufwendungen	662.227.521 €	687.290.438 €	-25.062.917 €
Ordentliches Ergebnis	-15.033.891 €	-12.137.663 €	-2.896.227 €
Finanzerträge	-11.420.160 €	-11.251.730 €	-168.430 €
Finanzaufwendungen	24.650.000 €	23.214.771 €	1.435.229 €
Finanzergebnis	13.229.840 €	11.963.041 €	1.266.799 €
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	-1.804.051 €	-174.622 €	-1.629.428 €

1.2 Controlling-Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017

Der Controlling-Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017 zum Stand II. Quartal 2017 stellt die größten Abweichungen pro Haushaltsposition dar und wird als Anlage Nr. 1 zur Berichtsvorlage beigelegt.

2. Haushaltssanierungsplan - Stand 2. Quartal 2017

Der HSP-Controllingbericht zum 2. Quartal 2017 ist als Anlage 2 beigelegt und schließt mit einer leichten Verbesserung von 30.000 € ab.

Fünfzehn der Maßnahmen werden das Konsolidierungsziel 2017 voraussichtlich nicht erreichen (s. Seite 10 des Berichts). Insbesondere die Geschwindigkeitsüberwachung (u.a. der "Super-Blitzer") verzeichnet einen erheblichen Einbruch. Weitere Verschlechterungen ergeben sich u. a. aus den Parkgebühren und der Sportstättenumlage. Insgesamt bleiben diese fünfzehn Maßnahmen 2,26 Mio. € hinter den Erwartungen zurück.

Demgegenüber stehen neun Maßnahmen, die das Planziel übererfüllen (s. Seite 11 des Berichts), allen voran die Gewerbesteuer betreffenden Maßnahmen. In Summe ergibt sich eine Verbesserung von 2,29 Mio. €, womit eine leichte Verbesserung des Gesamtkonsolidierungsbetrags erreicht werden kann.

Zum Berichtsstand 30.06.2017 wurden von der Verwaltung sieben Maßnahmen als kritisch eingestuft (s. Seite 13 des Berichts). Dies sind Maßnahmen, bei denen in der mittelfristigen Prognose für 2021 das Planziel voraussichtlich nicht erreicht wird. Eine Anpassung dieser Maßnahmen wird in der Fortschreibung des HSP für 2018 erfolgen.



3. Gewerbesteuerentwicklung (Stand September 2017)

Der Haushaltsansatz für 2017 beträgt 89,41 Mio. €. Nach der Jahressollstellung und der ersten Sollfortschreibung des Jahres ergab sich ein Haushaltssoll von 76,3 Mio. €. Mittlerweile beträgt das Anordnungssoll rund 113 Mio. €.

Unter Berücksichtigung einiger bereits bekannter steuerlicher Sachverhalte, die Sollabgänge bewirken werden, wird aktuell für das Jahresende ein Anordnungssoll von 107 Mio. € erwartet.

4. Schuldenstand

	04.09.2017	Vorjahr
Liquiditätskredite	1.109.126.000 €	1.150.750.000 €
Investitionskredite	92.499.133 €	94.141.541 €

4.1. Marktumfeld Zinsen

Die Geldmarktzinsen bewegten sich zuletzt seitlich. Der 3-Monats-Euribor liegt weiterhin bei rd. -0,33 %. Es wird erwartet, dass die EZB zunächst an ihrer lockeren Geldpolitik festhält und die Leitzinsen unverändert bleiben. Auf Jahressicht werden von den Bankvolkswirten beim 3-Monats-Euribor kaum Veränderungen gesehen.

Die Zinsen am Kapitalmarkt haben nach einem zwischenzeitlichen Anstieg (0,997 % für 10 Jahre am 07.07.2017) wieder nachgegeben (0,785 % am 29.08.2017). Die EZB dürfte nach aktueller Einschätzung der Banken ihr Ankaufprogramm im nächsten Jahr reduzieren. Die Bankenprognosen gehen auf Jahressicht weiterhin von einem leichten Anstieg des Zinsniveaus aus. Prognoserisiken werden allerdings insbesondere in den Unsicherheiten über den Brexit sowie die aktuellen geopolitischen Konflikte gesehen.

Aktuelle Zinssätze für Liquiditätskredite (Die Abschlüsse erfolgen mit laufzeiten- und bonitätsabhängigen Margenaufschlägen):

	07.04.2017	02.06.2017	04.09.2017
EONIA (Tagesgeld)	-0,353 %	-0,331 %	-0,356 %
3 Monats-Euribor	-0,330 %	-0,329 %	-0,329 %
12 Monats-Euribor	-0,116 %	-0,131 %	-0,161 %
3 Jahre Swapsatz	-0,069 %	-0,069 %	-0,093 %
5 Jahre Swapsatz	0,149 %	0,159 %	0,154 %
10 Jahre Swapsatz	0,728 %	0,778 %	0,795 %



5. Einbringung Doppelhaushalt 2018/19

Die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018/19 war bisher für die Ratssitzung am 5.10.2017 geplant.

Aufgrund verspäteter Lieferung von Eckdaten und interner Abstimmungsprozesse ist dieser Termin gefährdet. Die Verwaltung versucht, eine Einbringung noch zu ermöglichen und eine Beschlussfassung bis zum 30.11.2017 herbeizuführen.

Vorsorglich wurden bereits Termine festgelegt, falls die bisher geplante Beratungsreihenfolge nicht mehr gehalten werden kann:

Einbringung in der Sondersitzung des Rates am 30.11.2017 und politische Beratung in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen vom 24.01.2018 bis 15.02.2018.

Abschlussberatung im Haupt- und Finanzausschuss und Rat am 22.02.2018, bei Bedarf am 15.03.2018.

Es wird gebeten, diese vorsorgliche Terminplanung vorzumerken.

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:
20

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

Controlling-Bericht über das voraussichtliche Ergebnis 2017

Bericht zum Stand II. Quartal 2017

Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen, Fachbereich Finanzen und Controlling, Sachgruppe Controlling

Einführung	Seite 2
I. Plan 2017	Seite 3 - 8
• Eckdaten gesamtstädtisch	Seite 4
• Ertrag- und Aufwandsstruktur	Seite 5
• Erläuterung zu den Haushaltspositionen (Erträge)	Seite 6
• Erläuterung zu den Haushaltspositionen (Aufwendungen)	Seite 6 – 8
II. Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2017	Seite 9 - 13
• Kurzanalyse , Verbesserungen/Verschlechterungen	Seite 10 -13
III. Erläuterungen zu den größten Abweichungen auf Haushaltspositionsebene	Seite 14 - 31
• Gesamtergebnisplan/Gesamtergebnisprognose	Seite 15
• Steuern u. ähnliche Abgaben	Seite 16
• Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	Seite 17
• Sonstige Transfererträge	Seite 18
• Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	Seite 19
• Privatrechtliche Leistungsentgelte	Seite 20
• Kostenerstattung u. Kostenumlagen	Seite 21
• Sonstige ordentliche Erträge	Seite 22
• Aktivierte Eigenleistungen	Seite 23
• Personalaufwendungen	Seite 24
• Versorgungsaufwendungen	Seite 25
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Seite 26
• Abschreibungen	Seite 27
• Transferaufwendungen	Seite 28
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	Seite 29
• Finanzerträge	Seite 30
• Zinsen und Finanzaufwendungen	Seite 31

Einführung:

Der Rat der Stadt Hagen hat mit Beschluss vom 07.04.2016 und dem Änderungsbeschluss vom 24.11.2016 den Haushalt 2016/2017 beschlossen. Daraus ergibt sich für 2017 ein geplanter **Jahresüberschuss** in Höhe von **1,8 Mio. €**. Mit dem Änderungsbeschluss des Doppelhaushaltes 2016/2017 konnte ein struktureller Ausgleich in 2016 nicht dargestellt werden, so dass dieser nun planmäßig in 2017 realisiert wird.

Der vorliegende Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017 informiert auf Basis der aktuellen Prognose zum Stand des II. Quartals über das voraussichtliche Gesamtergebnis 2017 und über die voraussichtlichen Plan-Abweichungen und deren Ursachen. Der Bericht ist in drei Teile unterteilt.

Der **I. Teil** des Berichtes stellt zunächst einen Gesamtüberblick über die Haushaltsplanung 2017 dar und liefert gleichzeitig eine Orientierung zur Ertrags- und Aufwandsstruktur. Ergänzend dazu werden die Haushaltsplanzahlen nach Haushaltsposition erläutert.

Der **II. Teil** des Berichtes ist eine komprimierte Zusammenfassung und Analyse über das Prognoseergebnis (Verbesserungen/Verschlechterungen) zum Stand des II. Quartals 2017.

Im **III. Teil** werden die Abweichungen zwischen Plan und Prognose und deren Ursachen dargestellt. Der Bericht ist so aufgebaut, dass zu jeder Gesamtabweichung auf Haushaltspositionsebene die größten Abweichungsursachen erläutert werden.

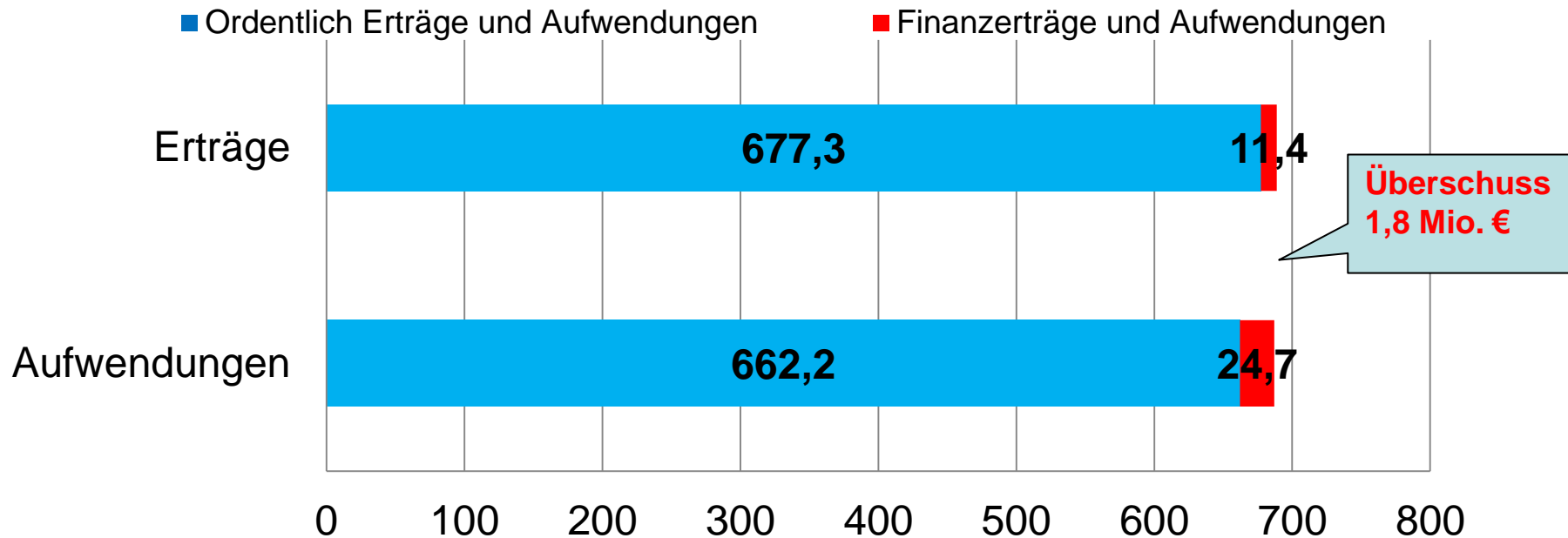
Insgesamt wurden **65** Sachverhalte erläutert. Aufgrund der Komplexität des hohen Datenvolumens muss auf die Darstellung aller Abweichungen im Gesamtbericht verzichtet werden. Die Darstellung sämtlicher Sachverhalte würde den Rahmen des gesamtstädtischen Berichtes sprengen und eine übersichtliche und termingerechte Berichterstattung auf der Ebene nicht mehr gewährleisten können.

Zu beachten ist, dass unter der Spalte „Abweichung“ ein „-“ eine für die Stadt Hagen negative Auswirkung hat. Ergänzend dazu werden auch die prozentualen Abweichungen dargestellt.

I. Teil

Haushaltsplanung 2017

Plan 2017 Eckdaten gesamtstädtisch



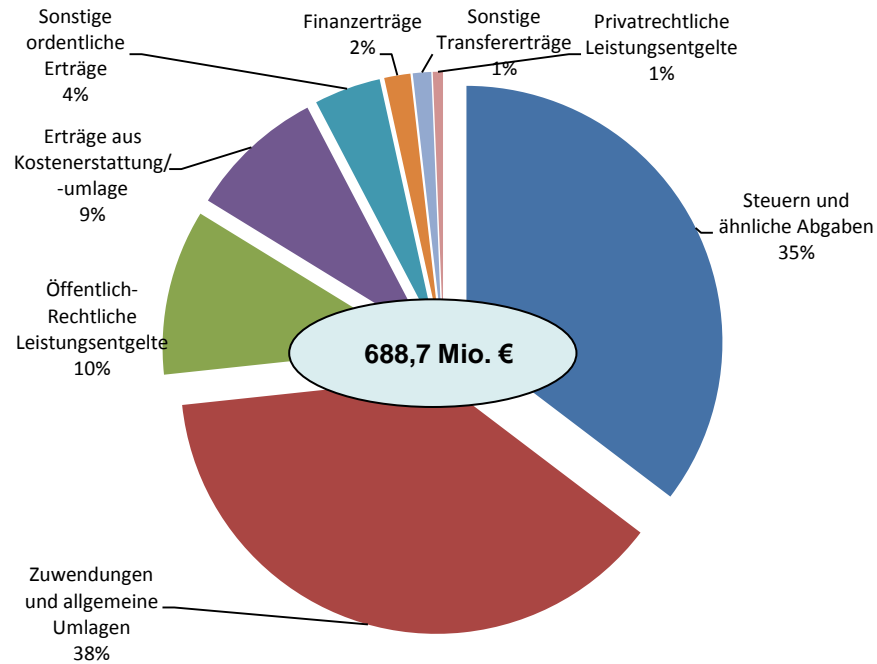
Der durch den Rat der Stadt Hagen beschlossene Haushalt für 2017 stellt sich wie folgt dar:

Plan 2017: Der Haushaltsplan wird im Ergebnisplan 2017 mit voraussichtlichen anfallenden **ordentlichen Erträgen** von **677,3 Mio. €** und **ordentlichen Aufwendungen** von **662,2 Mio. €** festgesetzt. Daraus ermittelt sich ein zu erwartender Überschuss (**Ordentliches Ergebnis**) in Höhe von Mio. **15,1 Mio. €**.

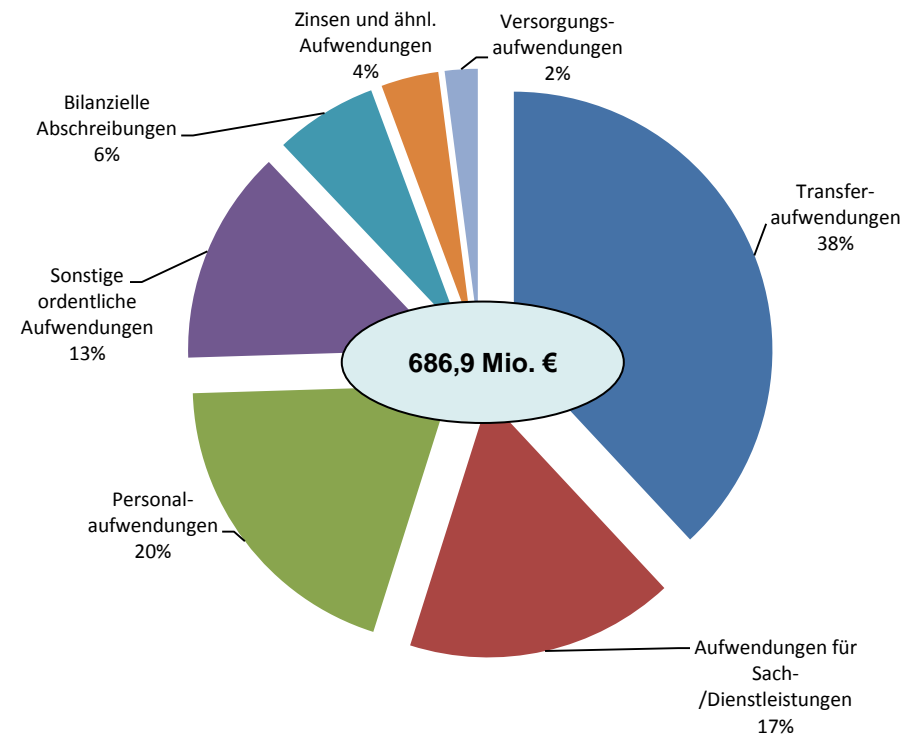
Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (13,3 Mio. € Fehlbetrag), das sich aus Finanzerträgen in Höhe von 11,4 Mio. € und Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 24,7 Mio. € zusammensetzt, ergibt sich ein geplanter **Jahresüberschuss** in Höhe von **1,8 Mio. €**.

Haushaltsplanung 2017

Ertragsstruktur:



Aufwandsstruktur:



Die vorliegenden Grafiken stellen die Ertrags- und Aufwandsstruktur dar. Auf den Folgeseiten werden die Haushaltspositionen näher erläutert und die absoluten Werte aufgeführt.

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2017
1	Steuern u. ähnliche Abgaben: Der Haushaltsansatz 2017 sieht einen Ertrag in Höhe von 243,3 Mio. € unter der Position Steuern und ähnliche Abgaben vor. Die Gewerbesteuer umfasst ca. 89,4 Mio. €, gefolgt von der Grundsteuer B mit ca. 48,5 Mio. €. Bei den übrigen Erträgen handelt es sich um die Vergnügungssteuer (4,9 Mio. €), um die Hundesteuer (1,7 Mio. €), die Grundsteuer A (0,1 Mio. €), die Wettbürosteuer (0,1 Mio. €) sowie den kommunalen Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer (91,1 Mio. €). Weitere 7,4 Mio. ergeben sich aus der Leistung des Familienleistungsausgleiches.	243,3 Mio. €
2	Die Ertragsposition " Zuwendungen und allg. Umlagen „ beinhaltet die Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 150,5 Mio. €. Weitere 28,1 Mio. € wurden für die Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz angesetzt. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke belaufen sich auf 70,1 Mio. € und die Auflösungen aus Sonderposten betragen ca. 12,8 Mio. €.	261,5 Mio. €
3	Unter „ Sonstige Transfererträge “ sind überwiegend die Aufwendungs- und Kostenersätze für Leistungen der Sozialleistungsträger im Teilplan 3630 „Förderung junger Menschen“ (6 Mio. €) enthalten. Ca. 1.4 Mio. € sind dem Produktbereich 31 „Soziale Leistungen“ zugeordnet. U.a. beinhaltet die Position auch die Umlagezahlung vom VRR (0,5 Mio. €).	8,1 Mio. €
4	Die Position " Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte „ beinhaltet u.a. die Verwaltungsgebühren (6,7 Mio. €), die Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte (62 Mio. €), sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (3,4 Mio. €).	72,0 Mio. €
5	Der Ansatz bei den " Privatrechtlichen Leistungsentgelten „ umfasst Miet- und Pachterträge (3,3 Mio. €). Erträge aus Verkauf (0,5 Mio. €) und sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte (0,7 Mio. €).	4,4 Mio. €
6	Die " Kostenerstattungen und Kostenumlagen “ sind im Wesentlichen dem Produktbereich 31 Soziale Leistungen (50 Mio. €) zuzuordnen. U.a. für die Leistungsbeteiligung an der Grundsicherung (20,8 Mio. €) und der Leistungsbeteiligung für Unterkunft u. Heizung (19,3 Mio. €). Weitere Erstattungen ergeben sich u.a. im Produktbereich 36 „Kinder – und Jugendhilfe“ mit 1,9 Mio. € und im Produktbereich „Innere Verwaltung“ mit ca. 5,2 Mio. €. Die restlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	59 Mio. €
7	Unter der Position " Sonstige ordentliche Erträge „ verbergen sich 12,2 Mio. € Konzessionsabgaben, 11,7 Mio. € weitere sonstige ordentliche Erträge (u.a. Bußgelder, Verwargelder, Säumniszuschläge, Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen) und andere sonstige ordentliche Erträge (1,0 Mio. €) wie Bürgschaftsprovisionen und Schadensersatzleistungen. Weitere 2,1 Mio. € für die Auflösung v. Rückstellungen und Mehrerlöse aus der Veräußerung v. Grundstücken (0,5 Mio. €).	29 Mio. €
19	Finanzerträge Dieser Ansatz beinhaltet die voraussichtliche Gewinnausschüttung von verbundenen Unternehmen in Höhe von 11 Mio. € (davon Sparkasse 6 Mio. €), sowie 0,4 Mio. € im Teilplan 6120 für Zinserträge (Investitionskredite).	11,4 Mio. €

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2017
11	Die Personalaufwendungen beinhalten u.a. 7,4 Mio. € Pensionsrückstellungen. Die Position Personalaufwendungen beinhaltet auch 1,2 Mio. € Honoraraufwendungen.	134,9 Mio. €
12	Der Haushaltsansatz bei den Versorgungsaufwendungen beträgt 14,1 Mio. €.	14,1 Mio. €
13	Die Position " Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen " in Höhe von 115,5 Mio. € beinhaltet u.a. 13,1 Mio. für Instandhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und des Infrastrukturvermögens. Weitere 51,3 Mio. € entfallen auf die Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Ca. 37,8 Mio. € wurden für die Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des Infrastrukturvermögens angesetzt. Weitere 1,5 Mio. € beinhalten die Unterhaltung des beweglichen Vermögens. Ca. 6,4 Mio. € betreffen die besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (u.a. fallen darunter: Lernmittel, Schülerbeförderungskosten, Festwert Bücherei; Lehr- und Unterrichtsmittel an). Neben 1,6 Mio. € für den Erwerb von Waren, fallen 4,7 Mio. € für Dienstleistungen an.	115,5 Mio. €
14	Der Ansatz bei den bilanziellen Abschreibungen beträgt 44,1 Mio. €. Die Abschreibungsquote liegt somit bei 7%.	44,1 Mio. €
15	Die Transferaufwendungen in Höhe von 261,5 Mio. € sind die größte Position auf der Aufwandsseite. Einen besonders hohen Anteil haben die Transferaufwendungen im Produktbereich "31 Soziale Leistungen" (70,2 Mio. €) und "36 Kinder- und Jugend- und Familienhilfe" (74,3 Mio. €). Im Produktbereich "21 Schulträgeraufgaben" sind unter dieser Position ca. 5,8 Mio. € für die Weiterleitung der Landeszuweisung an Träger des Ganztagsbetriebs aufgeführt. Unter Transferaufwendungen sind u.a. auch die Gewerbesteuerumlage (6 Mio. €), die Finanzierungsbeteiligung an den Fond Deutscher Einheit (5,9 Mio. €), die allgemeine Umlage an den Landschaftsverband (56,8 Mio. €), sowie die Umlagezahlung an den RVR (2,2 Mio. €) aufgeführt. Weitere 36,2 Mio. € fallen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen an. Unter anderem HVG (20,9 Mio. €), Verkehrsverbund Rhein Ruhr (0,5 Mio. €) und Theater (14,6 Mio. €). Die restlichen Transferaufwendungen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	261,5 Mio. €

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2017
16	<p>Die Position "Sonstige ordentliche Aufwendungen" beinhaltet überwiegend die Leistungsbeteiligung für Heizung/Unterkunft f. Arbeitssuchende mit einem Planwert in Höhe von insgesamt 53,5 Mio. €.</p> <p>Weitere Ansätze ergeben sich für einmalige Leistungen (ca. 1,2 Mio. €) für Arbeitssuchende und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 1,7 Mio. €).</p> <p>Die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. € beinhalten u.a. Aus - und Fortbildung, Reisekosten und Dienstschutzkleidung.</p> <p>Für die Aufwendungen f. die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten sind ca. 11,8 Mio. € angesetzt worden. (Es fallen u.a. hier Mietaufwendungen, Prüfungen, Beratungen, Bankgebühren, etc. an).</p> <p>Für Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Druckkosten, Porto, IT-Netzbereitstellung, IT-Gebühren, IT-Betreuung, etc.) wurden ca. 16,2 Mio. € angesetzt.</p> <p>Für Steuern, Versicherungen und Schadensfälle sind weitere 4,7 Mio. € geplant.</p> <p>Die Fraktionszuwendungen (1 Mio. €) und die Gewerbesteuererstattungszinsen (0,4 Mio. €) werden ebenfalls unter dieser Position angesetzt.</p>	92,2 Mio. €
20	Die Position „ Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen “ wurde mit 24,7 Mio. € geplant.	24,7 Mio. €

II. Teil

Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2017 - Kurzanalyse-

Kurzanalyse

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	Ergebnis 2016	2017 (Haushaltsplan)	2017 (Prognose)	Abw. (in €)	Abw. (in %)	Verbesserung/ Verschlechterung
Ordentliche Erträge	-671.239.652 €	-677.261.411 €	-699.428.101 €	22.166.690 €	3,3%	Verbesserung
Ordentliche Aufwendungen	671.542.357 €	662.227.521 €	687.290.438 €	-25.062.917 €	3,8%	Verschlechterung
Ordentliches Ergebnis	302.705 €	-15.033.891 €	-12.137.663 €	-2.896.227 €	-19,3%	Verschlechterung
Finanzerträge	-11.017.965 €	-11.420.160 €	-11.251.730 €	-168.430 €	-1,5%	Verschlechterung
Finanzaufwendungen	23.565.172 €	24.650.000 €	23.214.771 €	1.435.229 €	-5,8%	Verbesserung
Finanzergebnis	12.547.207 €	13.229.840 €	11.963.041 €	1.266.799 €	-9,6%	Verbesserung
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	12.849.912 €	-1.804.051 €	-174.622 €	-1.629.428 €	-90,3%	Verschlechterung

Nach der aktuellen Prognose (Stand II. Quartal 2017) liegen die **Ordentlichen Erträge** um ca. **+ 22,2 Mio. €** über den Planansätzen. Die **ordentlichen Aufwendungen** werden um ca. **- 25,1 Mio. €** überschritten, so dass sich daraus eine Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von **-2,9 Mio. €** ergibt.

Unter Berücksichtigung des **Mehrertrages bei den Finanzerträgen (+ 1,3 Mio. €)** ergibt sich insgesamt eine **Verschlechterung gegenüber der Planung von ca. -1,6 Mio. €**.

Somit wird nach aktuellen Erkenntnissen nicht wie geplant ein Überschuss von ca. **1,8 Mio. €** eintreten, sondern ein Überschuss von ca. **175 T€** (Stand Prognose II. Quartal).

Es ist zu beachten, dass die Prognose sehr vorsichtig formuliert worden ist. Die Erträge wurden realistisch analysiert und bei den Aufwendungen wurden unsichere Faktoren wie Wertberichtigungen auf Forderungen und Abschreibungen auf Forderungen, die erst bei den Jahresabschlussarbeiten ermittelt werden, bereits mit Durchschnittswerten der letzten Jahre einbezogen. Auch die sehr hohen Personalrückstellungen des letzten Jahres wurden als Basis für die Rückstellungen dieses Jahres angesetzt. Es ist also nach jetzigem Stand davon auszugehen, dass nicht nur die Prognose erfüllt wird, sondern das Ergebnis 2017 dem Haushaltsansatz am Ende näher kommt, oder diesen sogar positiv überschreiten wird.

Positive Effekte auf der Ertragsseite zeigen sich insbesondere durch ein erhöhtes Steueraufkommen bei der **Gewerbesteuer (ca. + 13,6 Mio. €)**, erhöhten **Gewerbesteuernachzahlungszinsen (ca. 1,6 Mio. €)** und bei der **Vergnügungssteuer (ca. + 0,2 Mio. €)**. Die positiven Effekte der Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer korrespondieren unter anderem mit den Konsolidierungsmaßnahmen 12_20.010 + 12_20.006.

Die **Wohngeldreform** wirkt sich ebenfalls positiv auf das Ergebnis aus **(+ 1,2 Mio. €)**.

Weitere **+ 1,5 Mio. € Mehrerträge** werden durch erhöhte **Rettungsdienstgebühren** prognostiziert.

Die weiterhin günstige **Zinssituation** führt zu einer Verbesserung gegenüber Ansatz in Höhe von **1,4 Mio. €**.

Durch eine geringere Festsetzung des Hebesatzes reduziert sich der Aufwand bei der **Landschaftsumlage (ca. 0,7 Mio. €)**, die **aktivierten Eigenleistungen** der GWH verbessern sich um **ca. 0,5 Mio. €** und ein Rückgang der Fallzahlen bei der **stationären Eingliederungshilfe** verbessert das Ergebnis um **ca. 0,3 Mio. €**.

Bei den ordentlichen **Aufwendungen** stellen sich **Mehrbelastungen** im **Sozialbereich** ein, u.a. durch die **Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende (Saldo: -2,3 Mio. €)**.

Durch die Neuregelung des **Flüchtlingsaufnahmegesetzes** verschlechtert sich das Ergebnis um **ca. -5 Mio. €**.

Eine verlässliche Prognose bei den **Personalaufwendungen** ist zur Zeit noch nicht möglich, daher wurden die Vorjahrswerte angenommen. Dabei führen vor allem die **Pensions- und Beihilferückstellungen** zu einer starken Verschlechterung des Ergebnisses **(ca. -5,2 Mio. €)**, weitere **-1,1 Mio. €** Verschlechterung resultieren aus externen Neueinstellungen und Tarifierhöhungen des TVöD. Bei den **Versorgungsaufwendungen** beträgt der voraussichtliche Anstieg **- 3,7 Mio. €**. Der Anstieg bei den Versorgungsaufwendungen ist hauptsächlich mit dem Anstieg der Rückstellungen zu begründen.

Nicht planbar und daher mit den Durchschnittswerten der letzten Jahre angesetzt wurden die **Wertberichtigungen auf Forderungen (ca. - 2 Mio. €)** und die **AfA auf Forderungen (ca. - 1,1 Mio. €)**.

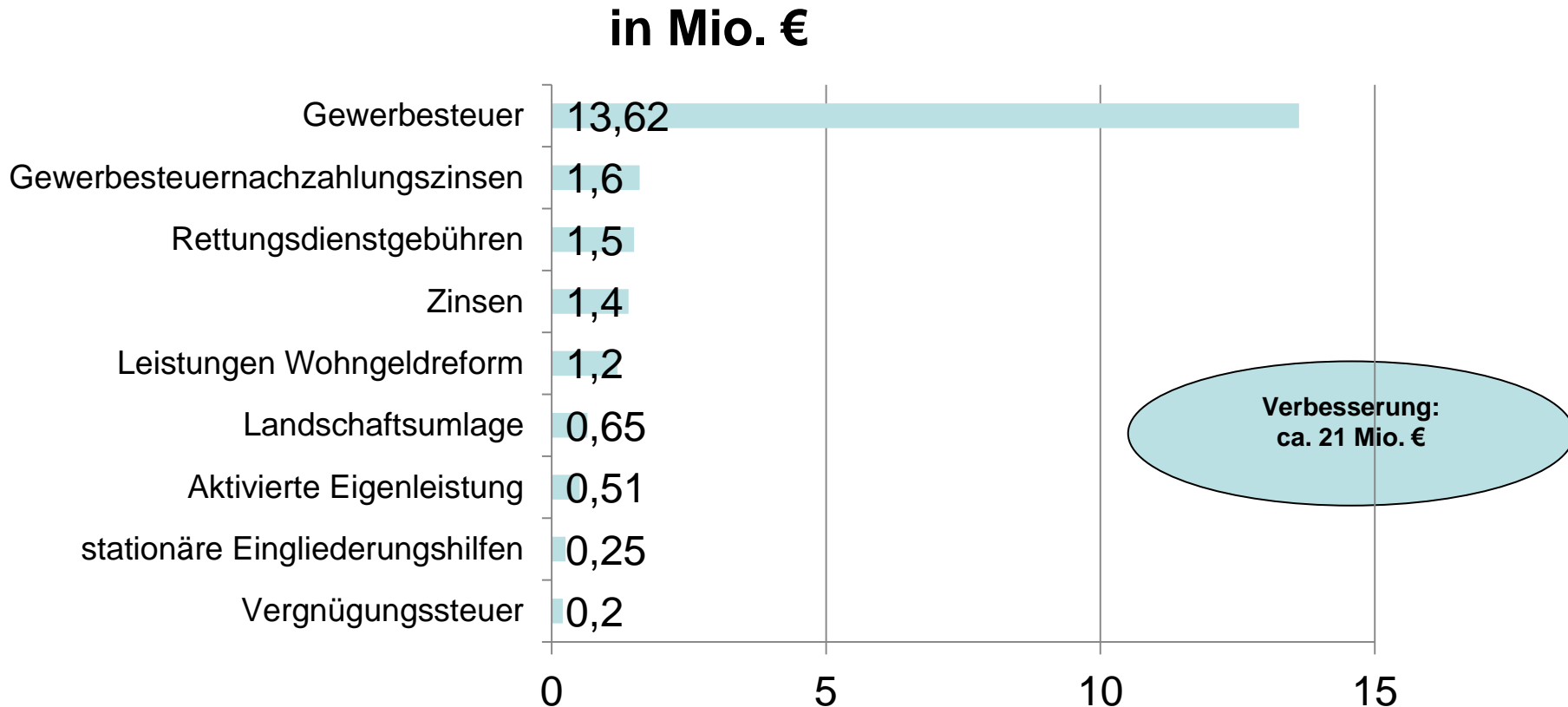
Die Verengung der Fahrbahnen auf der BAB45 führt zu einer Verschlechterung der Erträge der **Geschwindigkeitsüberwachungsanlage (ca. - 1,3 Mio. €)**.

Weitere Verschlechterungen kommen durch eine Erhöhung der Fallzahlen beim **Unterhaltsvorschuss (ca. - 0,7 Mio. €)**, erhöhte Aufwendungen bei der **Kindertagesbetreuung U3 (ca. -0,5 Mio. €)**, vermehrter Wachdienst und Tarifierhöhungen bei der **GWH (ca. - 0,5 Mio. €)** und einem erhöhten **Zuschuss für das Theater** durch die Tarifierhöhung von **ca. -0,4 Mio. €**.

Alle weiteren Erläuterungen zwischen Plan und Prognose sind auf den Folgeseiten dargestellt.

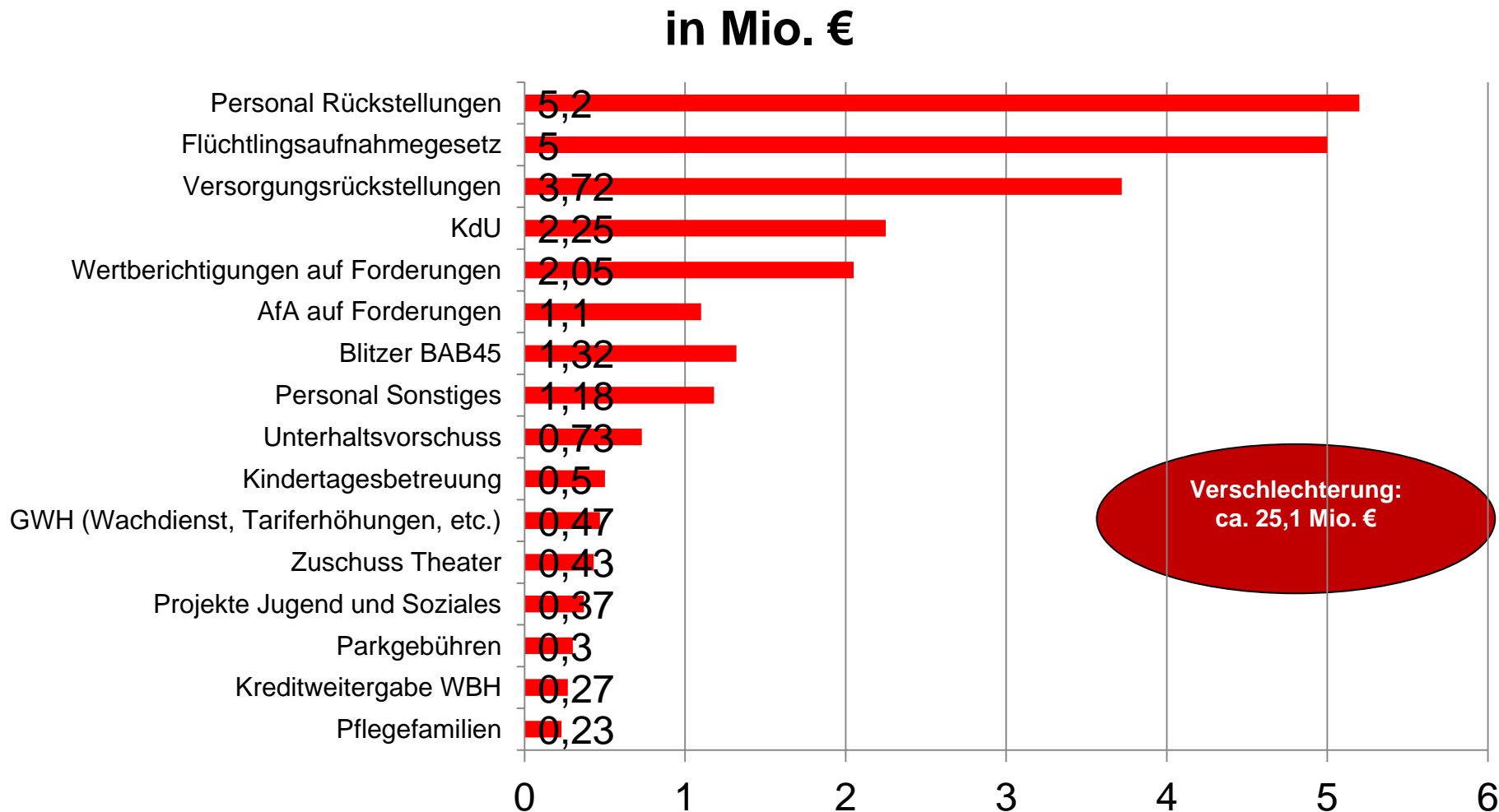
Verbesserungen – Abweichung Plan/Prognose 2017

Die unten abgebildete Grafik zeigt die größten Verbesserungen zwischen der Prognose (Stand II. Q.2017) und dem Plan 2017. Weitere Details und Informationen dazu, können aus dem III. Teil des Berichtes entnommen werden.



Verschlechterungen – Abweichung Plan/Prognose 2017

Die unten abgebildete Grafik zeigt die größten Verschlechterungen zwischen der Prognose (Stand II. Q.2017) und dem Plan 2017. Weitere Details und Informationen dazu, können aus dem III. Teil des Berichtes entnommen werden.



III. Teil

Erläuterung zu
den Abweichungen und Ursachen
Prognose 2017
- auf Haushaltspositionsebene-

Voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017 (Haushaltspositionsebene):

Pos.	Planung u. Bewirtschaftung	Rechnungs- ergebnis	HH-Plan (lt. Ratsbeschluss)	Prognose	Abw.	Abw.	Auswirkung
		2016 €	2017 €	2017 €	€	in %	
1	Steuern u. ähnl. Abgaben	-231.944.231	-243.340.444	-260.110.936	16.770.492	6,9%	
2	Zuwendungen u. allg. Umlagen	-251.854.482	-261.480.873	-253.477.690	-8.003.183	-3,1%	
3	Sonstige Transfererträge	-9.771.539	-8.057.242	-8.387.870	330.628	4,1%	
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-73.850.535	-71.973.992	-75.439.310	3.465.318	4,8%	
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-5.162.675	-4.386.773	-5.062.081	675.308	15,4%	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-65.152.314	-58.995.757	-63.471.807	4.476.050	7,6%	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-32.979.836	-28.990.730	-32.928.407	3.937.677	13,6%	
8	Aktiviert Eigenleistungen	-524.040	-35.600	-550.000	514.400		
10	Ordentliche Erträge	-671.239.652	-677.261.411	-699.428.101	22.166.690	3,3%	Mehrertrag
11	Personalaufwendungen	137.848.934	134.857.040	142.113.273	-7.256.234	-5,4%	
12	Versorgungsaufwendungen	18.449.351	14.073.417	18.549.463	-4.476.046	-31,8%	
13	Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	119.216.204	115.477.071	119.023.556	-3.546.485	-3,1%	
14	Bilanzielle Abschreibungen	46.903.629	44.139.500	44.981.863	-842.363	-1,9%	
15	Transferaufwendungen	247.552.460	261.534.890	256.967.343	4.567.547	1,7%	
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	101.571.779	92.145.602	105.654.939	-13.509.336	-14,7%	
17	Ordentliche Aufwendungen	671.542.357	662.227.521	687.290.438	-25.062.917	-3,8%	Mehraufwand
18	Ordentliches Ergebnis	302.705	-15.033.891	-12.137.663	-2.896.227	-19,3%	Verschlechterung
19	Finanzerträge	-11.017.965	-11.420.160	-11.251.730	-168.430	-1,5%	Minderertrag
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	23.565.172	24.650.000	23.214.771	1.435.229	-5,8%	Minderaufwand
21	Finanzergebnis	12.547.207	13.229.840	11.963.041	1.266.799	9,6%	Verbesserung
22	Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (Defizit)	12.849.912	-1.804.051	-174.622	-1.629.428	90,3%	Verschlechterung

Erläuterungen zu den größten Abweichungen:

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
1) Steuern u. ähnliche Abgaben	-243.340.444	-260.110.936	16.770.492	6,9%					

davon die größten Abweichungen:

1.1	Grundsteuer A+B	-48.618.620	-48.475.721	-142.899	-0,3%	Minderertrag	143 T€		VB2/20/2	☹
1.2	Gewerbsteuer	-89.410.260	-105.000.000	15.589.740	17,4%	Mehrertrag	13,62 Mio.€	15.2	VB2/20/2	☺
	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-75.086.224	-75.086.224	0	0,0%	Neutral	0		VB2/20/0	☺
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-16.016.497	-16.016.497	0	0,0%	Neutral	0		VB2/20/0	☺
1.3	Vergnügungssteuer	-4.900.000	-5.100.000	200.000	4,1%	Mehrertrag	200 T€		VB2/20/2	☺
	Wettbürosteuer	-130.000	-130.000	0	0,0%	Neutral	0		VB2/20/2	☺
	Hundesteuer	-1.744.000	-1.744.000	0	0,0%	Neutral	0		VB2/20/2	☺
	Steuer auf sexuelle Vergnügungen	-20.000	-20.000	0	0,0%	Neutral	0		VB2/20/2	☺
1.4	Familienleistungsausgleich	-7.414.843	-7.343.135	-71.708	-1,0%	Minderertrag	72 T€		VB2/20/0	☹
1.5	Leistungen wg. Wohngeldreform	0	-1.195.359	1.195.359	Nicht im Plan	Mehrertrag	1,2 Mio. €		VB2/20/0	☺

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

1.1	Die Steigerung für das Haushaltsjahr 2017 wurde zu hoch abgesetzt.
1.2	Die Gewerbesteuerveranlagung entwickelt sich für das laufende Jahr sehr positiv. Kumuliert mit den Gewerbesteuerveranlagungen für Vorjahre und bereinigt um den Fonds Deutsche Einheit und der Gewerbesteuerumlage ergibt sich eine Verbesserung von ca. 13,62 Mio. €.
1.3	Erhöhtes Aufkommen aus Apparaten mit Gewinnmöglichkeit. Korrespondiert unter anderem mit der Konsolidierungsmaßnahme 12_20.010 Für das Jahr 2017 wird als Jahresendergebnis ein Betrag erwartet, welcher dem Ist des Vorjahres annähernd entspricht.
1.4	Festsetzung der Kompensationsleistungen für das Jahr 2017 lt. Bescheid der BR Amsberg vom 30.03.17.
1.5	Zum 01.01.2016 trat die Wohngeldreform in Kraft. Eine Berücksichtigung der Leistungen wegen Wohngeldreform war in der Haushaltsplanung 2015 für die Haushaltsjahre 2016/17 nicht möglich. Die Reform beinhaltet sowohl eine Erhöhung für bereits empfangende Haushalte, als auch eine Änderung der Bedingungen, so dass Haushalte die Bedingungen erstmals oder wieder erfüllen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-261.480.873	-253.477.690	-8.003.183	-3,1%					

davon die größten Abweichungen:

2.1	Flüchtlingsaufnahmegesetz	-22.015.670	-9.300.000	-12.715.670	-57,8%	Minderertrag	3,72 Mio.€	15.4	VB3/55/5	☹
2.2	Schulsozialarbeit + Projekte Jugend und Soziales	-1.447.620	-3.188.536	1.740.916	120,3%	Neutral		6.4+15.8	VB3/55/3	☹
2.3	GWH zentral	-4.036.799	-3.002.958	-1.033.841	-25,6%	Neutral		13.5	GWH zentral	☹
2.4	Auflösung von Sonderposten + Auflösung PRA aus Zuwendungen gem. § 43 II GemHVO	-11.779.639	-14.153.016	2.373.377	20,1%	Neutral		14.2+16.5	Fibu zentral	☹
2.5	Martin Luther und Kinder- und Jugendpark Haspe	0	-672.750	672.750	nicht im Plan	Neutral		11.1+15.11	VB3/55/6	☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

2.1	Die Plandaten stammen aus Mitte 2015 im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushaltes. Zum 01.01.2017 wurde vom Land ein neues Abrechnungsverfahren eingeführt. Die Abrechnungen erfolgen nicht mehr nach Verteilungsschlüssel, sondern monats- und personengenau. Insgesamt werden nach dem neuen Verfahren für eine geringere Anzahl an Personen Erstattungen bezahlt. Hinzu kommt, dass für geduldete Flüchtlinge keine Erstattung erfolgt. Legt man die bisherigen Erstattungen zugrunde, so ergibt sich prognostisch ein Betrag von rund 8.000.000,- € für das Jahr 2017. Für die 2. Jahreshälfte wird mit weiteren 500 zugewiesenen Flüchtlingen kalkuliert (1,3 Mio. FlüAG-Pauschale). Des Weiteren bekommt die Kommune für Asylbewerber nach §11 TlntG sog. Integrationspauschalen für eine Dauer von 2 Jahren pro Asylbewerber. Die Höhe der Pauschale wird quartalsweise berechnet. Im 1. und 2. Quartal sind Integrationspauschalen in Höhe von 15.600 € vereinnahmt worden.
2.2	Die Abweichung resultiert zum einen aus der Planung der Schulsozialarbeit unter einer anderen Haushaltsposition (Punkt 6.4) und zum anderen aus höheren Zuweisungen durch verschiedene Projekte (vorwiegend für das Projekt "Soziale Stadt Wehringhausen") aus dem Bereich Jugend und Soziales, die mit höheren Aufwendungen unter Punkt 15.8 korrespondieren.
2.3	Geringere Erträge durch die Verzögerung bei der Sanierung der Rathausfassade. Den Mindererträgen stehen Minderaufwendungen unter Punkt 13.5 gegenüber.
2.4	1) Die Auflösung der Sonderposten ist analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens vorzunehmen. Der durch die Abschreibung in der Ergebnisrechnung angesetzte Aufwand wird so, zumindest anteilig, durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten finanziert, bzw. neutralisiert. 2) Auflösung geleistete Investitionszuwendungen: Gem. § 43 Abs. 2 GemHVO ist ein Investitionszuschuss an Dritte abzugrenzen, wenn die Zuwendung mit einem mehrjährigen einklagbaren Zweck verbunden ist. Diese Abgrenzung ist über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes des Dritten aufzulösen. Diese Position ist unterjährig sehr schwierig zu prognostizieren - erst im Jahresabschluss sind verlässliche Werte zu erwarten.
2.5	Die Abweichung ergibt sich aus der 90%igen Erstattung der Transferaufwendungen in Höhe von 260 T€ (234 T€) und der Erstattung von Personalkosten in Höhe von 438.750€.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
3) Sonstige Transfererträge	-8.057.242	-8.387.870	330.628	4,1%					

davon die größten Abweichungen:

3.1	Beitreibung Unterhaltsvorschuss	-546.167	-390.000	-156.167	-28,6%	Minderertrag	86 T€	13.7	VB3/55/7	☹
3.2	Elternbeiträge für die Tagespflege	0	-267.935	267.935	an anderer Stelle geplant	Mehrertrag	45 T€	4.6	VB3/55/4	☺

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

3.1	Die Planung erfolgte auf Basis von in der Vergangenheit deutlich besser erbrachten Beitreibungsleistungen. Mit Hilfe von begleitenden Maßnahmen und unter der Voraussetzung der auskömmlichen Personalausstattung, geht die Verwaltung davon aus, dass der prognostizierte Wert erreicht wird. (Siehe hierzu auch: HSP-Maßnahme 12_55.001)
3.2	Jahressollstellung der Elternbeiträge für Kindertagespflegekinder. Die Sollstellung kann, aufgrund von Einkommensveränderungen der Beitragspflichtigen, variieren. Die Planung erfolgte an anderer Stelle (siehe Erläuterungspunkt 4.6).

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-71.973.992	-75.439.310	3.465.318	4,8%					

davon die größten Abweichungen:

4.1	Benutzungsgebühren u. ähnl. Entgelte (Unterbringung/ Betreuung Asylbewerber)	-852.000	-2.300.000	1.448.000	170,0%	Neutral		13.2+ 16.2	VB3/55/5	☹
4.2	Verwaltungsgebühren Verkehrsüberwachung	-5.102.350	-4.894.840	-207.510	-4,1%	Minderertrag	205 T€		VB4/32	☹
4.3	Benutzungsgebühren Sondernutzung	-380.000	-276.000	-104.000	-27,4%	Neutral		5.1	VB4/32	☹
4.4	Rettungsdienstgebühren	-10.972.622	-12.483.500	1.510.878	13,8%	Mehrertrag	1,5 Mio.€		VB4/37	☺
4.5	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte (Parkgebühren)	-1.921.108	-1.621.108	-300.000	-15,6%	Minderertrag	300 T€		VB5/60	☹
4.6	Elternbeiträge KiTa + Tagespflege	-4.820.937	-4.597.756	-223.181	-4,6%	Neutral		3.2	VB3/55/4	☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

4.1	Die Höhe der Einnahmen aus Benutzungsgebühren ist in erster Linie abhängig von der Zahl der in den Übergangsheimen lebenden Asylbewerber/Aussiedlern. Die Erträge korrespondieren mit sonstigen Energiekosten, sowie sonstigen Miet- und Pachtaufwendungen.
4.2	Durch Verengung der Fahrbahn von drei Spuren auf zwei Spuren an der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45/Baustelle Lennetalbrücke am 09.03.2017 sind die Fallzahlen enorm zurück gegangen.
4.3	Die Erträge aus Sondernutzungen entfallen seit 2016, gleichzeitig werden gemäß neu geschlossenem Werbenutzungsvertrag zwischen den Unternehmen und dem Fachbereich Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen die Erträge in anderer Form vereinnahmt. Die Erträge werden an anderer Stelle gebucht.
4.4	Die Mehrerträge bei den Rettungsdienstgebühren entstehen durch die neue Gebührenordnung zum 04.06.2016 und gesteigerten Fallzahlen im Bereich des Rettungsdienstes.
4.5	Die Annahme, dass bei einer Anhebung der Parktarife um 50% von 1,00 auf 1,50 EUR pro Std. auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, hat sich nicht bestätigt. Korrespondiert mit der Konsolidierungsmaßnahme 14_60.001.
4.6	Die Planung der Elternbeiträge für KiTa-Plätze und die Tagespflege erfolgte in Summe. Die Abweichung lässt sich dadurch erklären, dass die Prognose für die Tagespflege an anderer Stelle (Erläuterungspunkt 3.2) vorgenommen wurde.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
5) Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.386.773	-5.062.081	675.308	15,4%					

davon die größten Abweichungen:

5.1	Immobilien Mieterträge	-2.367.653	-3.199.000	831.347	-35,1%	Neutral		4.3+13.8+16.4	60 zentral	☹
-----	------------------------	------------	------------	---------	--------	---------	--	---------------	------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

5.1	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten, für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber, bzw. Mindererträge bei der Position 4.3								
-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-58.995.757	-63.471.807	4.476.050	7,6%					

davon die größten Abweichungen:

6.1	Kostenerstattungen Pflege	-2.665.920	-3.117.420	451.500	16,9%	Mehrertrag	27 T€	15.9	VB3/55/2	😊
6.2	Erstattung Unterhaltsvorschuss	-1.320.676	-1.961.400	640.724	48,5%	Neutral		15.5	VB3/55/7	😐
6.3	Grundsicherung	-19.892.650	-19.000.000	-892.650	-4,5%	Neutral		15.6	VB3/55/7	😐
6.4	Schulsozialarbeit	-738.754	0	-738.754	-100,0%	Neutral		2.2	VB3/55/3	😐
6.5	Umzug HABIT	-15.000	-1.200.000	1.185.000	7900,0%	Neutral		13.5	VB5/65	😐
6.6	Bundesbeteiligung KdU und Bildung	-20.175.025	-22.900.000	2.724.975	13,5%	Neutral		16.3	VB1/11	😐

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

6.1	Die höheren Kostenerstattungen resultieren zum Teil aus Erstattungen für die neue Pflegestufenregelung inkl. Einbeziehung des Besitzstandes und zum Teil aus Erstattungen für in Pflegefamilien lebende behinderte Kinder, die in den Verantwortungsbereich des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe fallen.
6.2	Aufgrund der UVG-Reform, die zum 01.07.2017 in Kraft getreten ist, wird eine Fallzahlenverdopplung erwartet. 46,7% werden von Land und Bund erstattet. Korrespondiert mit 15.5
6.3	Der geringere Ertrag im Bereich der Grundsicherung entsteht durch die nicht eingetretene Steigerung der Fallzahlen. Den Mindererträgen stehen entsprechende Minderaufwendungen gegenüber (15.6).
6.4	Die Planwerte wurden bei den "Kostenerstattungen" angesetzt, die tatsächliche Verbuchung befindet sich bei den Zuwendungen unter 2.2.
6.5	Kostenerstattungen für den Umzug vom HABIT. Die Mehrerträge korrespondieren mit Mehraufwendungen der GWH in gleicher Höhe.
6.6	Es handelt sich um die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft und für die Bildungs- und Teilhabeleistungen. Der Anstieg der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten führt zu einer höheren Erstattung vom Bund. Dem gegenüber steht aber auch ein deutlicher Anstieg der Aufwendungen (Erläuterungspunkt 16.3). Im Saldo führt dies zu einem Mehraufwand in Höhe von 1,8 Mio.€.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
7) Sonstige ordentliche Erträge	-28.990.730	-32.928.407	3.937.677	13,6%					

davon die größten Abweichungen:

7.1	Auflösung Wertberichtigung auf Forderungen	0	-1.572.030	1.572.030	nicht im Plan	Neutral		16.1	VB2/20/1	☹️
7.2	Gewerbsteuer-Nachzahlungszinsen	-1.400.000	-3.000.000	1.600.000	114,3%	Mehrertrag	1,6 Mio.€		VB2/20/2	😊
7.3	Verkehrsüberwachung	-8.321.941	-7.057.666	-1.264.275	-15,2%	Minderertrag	1,12 Mio.€	13.4	VB4/32	☹️
7.4	Auflösung Personalrückstellungen	-1.500.000	-2.513.079	1.013.079	67,5%	Neutral		11.1+ 12.1	11 zentral	☹️
7.5	Erstattung Krankenkassen Asyl	0	-110.988	110.988	nicht im Plan	Neutral		13.1	VB3/55/5	☹️

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

7.1	Durchschnitt der Ist-Werte der letzten drei Jahre. Die Auflösung der Wertberichtigungen auf Forderungen korrespondiert mit den Aufwendungen aus der Wertberichtigung auf Forderungen. Im Saldo führt dies zu einem Mehraufwand in Höhe von 2,05 Mio.€.
7.2	Unerwartet hohe Nachveranlagungen für Vorjahre. (Siehe auch 1.2)
7.3	Die hohe Verschlechterung resultiert vor allem aus dem Bereich der Überwachung des fließenden Verkehrs: Durch Verengung der Fahrbahn von drei Spuren auf zwei Spuren an der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45/Baustelle Lennetalbrücke am 09.03.2017 sind die Fallzahlen enorm zurück gegangen.
7.4	Den Auflösungen der Personalrückstellungen stehen erhöhte Personal- und Versorgungsaufwendungen entgegen.
7.5	Hierbei handelt es sich um Erstattungen der Krankenkassen-Kosten 2016 für Hilfeempfänger nach § 264 SGB V auf Basis der Schlussrechnung für das Jahr 2015.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
8) Aktivierte Eigenleistung	-35.600	-550.000	514.400	1444,9%					

davon die größten Abweichungen:

8.1	GWH	-35.600	-550.000	514.400	1444,9%	Mehrertrag	514 T€		GWH zentral	😊
-----	-----	---------	----------	---------	---------	-------------------	--------	--	-------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

8.1	In 2017 werden voraussichtlich Stunden für investive Maßnahmen geleistet, die bei der HH-Planung 2016/2017 noch keine Berücksichtigung fanden.
-----	--

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
11) Personalaufwendungen	134.857.040	142.113.273	-7.256.234	-5,4%					

davon die größten Abweichungen:


11.1	Pensions- und Beihilferückstellungen	11.663.453	17.150.775	-5.487.322	-47,0%	Mehraufwand	5,2 Mio. €	7.4	11 zentral	☹
11.2	Aufwendungen tariflich Beschäftigte	94.131.745	95.404.574	-1.272.829	-1,4%	Mehraufwand	834 T€	2.5	11 zentral	☹
11.3	Sonstige Personalaufwendungen	27.898.110	28.242.633	-344.523	-1,2%	Mehraufwand	345 T€		11 zentral	☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

11.1	Für die Prognose des 2. Quartals kann noch keine belastbare Aussage getroffen werden, so dass zunächst das Vorjahresergebnis angenommen wird. Zur Zeit laufen Berechnungen, die die Prognose für 2017 und damit die Schätzungen im III. Prognosebericht verbessern sollen. Aufwandsmindernd wirkt die Auflösung der Versorgungsrückstellungen (257 T€). Die Rückstellungen können sich zum nächsten Prognosebericht deutlich verändern.
11.2	Die Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen - insbesondere führt die Aufstockung des städtischen Personals im Jobcenter zu Mehraufwendungen. Aufwandsmindernd wirkt eine Zuwendung für das Projekt Martin Luther und Kinder- und Jugendpark Haspe (439 T€).
11.3	Die Abweichung enthält die Besoldungserhöhung von 2 % ab dem 01.04.2017, die zu einem Mehraufwand von ca. 191.000 € führt, da lediglich die Landesorientierungsdaten eingeplant sind. Die Brandmeisteranwärter erhalten ab dem 01.04.2017 einen Sonderzuschlag in Höhe von 90 % des Anwärtergrundbetrags, der einen Mehraufwand von ca. 75.500 € verursacht.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
12) Versorgungsaufwendungen	14.073.417	18.549.463	-4.476.046	31,8%					

davon die größten Abweichungen:

12.1	Versorgungsaufwendungen	14.073.417	18.549.463	-4.476.046	-31,8%	Mehraufwand	3,72 Mio.€	7.4	11 zentral	
------	-------------------------	------------	------------	------------	--------	--------------------	------------	-----	------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

12.1	Bei der Inanspruchnahme der Versorgungsrückstellungen kann noch keine belastbare Aussage getroffen werden, so dass für die Prognose das Ist des Vorjahres angenommen wird. Außerdem ist die Zahl der Versorgungsempfänger aufgrund vorzeitiger Versorgungsfälle bereits im Vorjahr angestiegen. Den höheren Versorgungsaufwendungen stehen Erträge durch die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 757 T€ gegenüber.								
------	---	--	--	--	--	--	--	--	--

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- auswirkung
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	115.477.071	119.023.556	-3.546.485	-3,0%					

davon die größten Abweichungen:

13.1	Krankenkassenkosten Hilfeempfänger	210.000	963.204	-753.204	-358,7%	Mehraufwand	642 T€	7.5	VB3/55/5	☹
13.2	Energiekosten (Flüchtlingswohnungen)	350.000	717.886	-367.886	-105,1%	Mehraufwand	78 T€	4.1	VB3/55/5	☹
13.3	Flüchtlingsunterkünfte (Sach- und Personalkosten)	2.265	365.000	-362.735	-16014,8%	Mehraufwand	363 T€		VB3/55/5	☹
13.4	Pauschalzahlungen Jenoptik Geschwindigkeitsüberwachung A45	1.349.000	1.201.000	148.000	11,0%	Neutral		7.3	VB4/32	☺
13.5	GWH	17.669.464	18.279.172	-609.708	-3,3%	Mehraufwand	465 T€	2.3+6.5	GWH zentral	☹
13.6	Kommunaler Finanzausgleich Jobcenter	3.150.000	3.600.000	-450.000	-12,5%	Mehraufwand	450 T€		VB1/11	☹
13.7	Erstattung Unterhaltsvorschuss an Land/Bund	252.702	182.130	70.572	38,7%	Neutral		3.1	VB3/55/7	☺
13.8	Immobilien	2.107.081	2.300.000	-192.919	-9,2%	Neutral		5.1	60 zentral	☺
13.9	Pflegefamilien	1.970.000	2.200.000	-230.000	-11,7%	Mehraufwand	230 T€		VB3/55/6	☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

13.1	Leistungen nach § 264 SGB V für Hilfeempfänger nach § 2 AsylbLG an die Krankenkassen (Abschläge und separat abgerechnete Krankenkosten für alle Asylbewerber, die länger als 15 Monate in Deutschland sind).
13.2	Energiekosten für angemietete Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt. Korrespondiert teilweise mit 4.1, da z.Zt. nicht alle angemieteten Wohnungen belegt sind.
13.3	Aufwendungen für Sach- und Personalkosten für die Ausstattung von Asylwohnungen, Schädlingsbekämpfung, Transportkosten für Fahrten neu eintreffender Asylbewerber, Sperrgut- und Sonderentsorgung für Übergangsheime, kleinere Reparaturen, etc. in den Übergangsheimen.
13.4	Aufgrund der gesunkenen Fallzahlen an der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage BAB A45 fällt die Pauschale für die Firma Jenoptik geringer aus.
13.5	Mehraufwand aufgrund Anpassung der HSP-Maßnahmen SZS und Schulschließungen (rund 261 T€); Mehraufwand für den Umzug vom Rechenzentrum HABIT (rund 1,2 Mio.€); Minderaufwand Bauunterhaltung aufgrund von Verzögerungen im Rahmen der Maßnahme Rathausfassade (rund 1,05 Mio.€); Mehraufwand aufgrund Wachdienst für eine Flüchtlingsunterkunft und für die Zulassungsstelle Hohenlimburg, sowie aufgrund von erheblichen Tarifierhöhungen im Sicherheitsgewerbe (rund 197 T€; diese Kosten waren zum Zeitpunkt der HH-Planung 16/17 nicht bekannt).
13.6	Der kommunale Finanzausgleich an das Jobcenter ist abhängig von der Anzahl der Leistungsbezieher, bzw. dem gesamten Aufwand des Jobcenters. Da die Fallzahlen steigen und Tarifierhöhungen erfolgt sind, steigen auch die Aufwendungen in diesem Bereich.
13.7	Für geleistete Unterhaltsvorschusszahlungen erhält die Stadt Hagen eine Erstattung in Höhe von 46,7% vom Land und Bund. Werden die Vorschussleistungen beigetrieben, müssen die erhaltenen Erstattungen von Land und Bund wieder rückerstattet werden.
13.8	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten, für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.
13.9	Die Höhe der Kostenerstattungen stehen in Abhängigkeit mit den gestiegenen Hilfen für Pflegekinder, die außerhalb von Hagen in Pflegefamilien untergebracht sind. Diese Fälle sind in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
14) Bilanzielle Abschreibungen	44.139.500	44.981.863	-842.363	-1,9%					

davon die größten Abweichungen:

14.1	Abschreibungen auf Forderungen	0	1.124.555	-1.124.555	nicht im Plan	Mehraufwand	1,1 Mio. €		VB2/20/1	☹
14.2.	Abschreibungen	44.139.500	43.856.376	283.124	0,6%	Neutral		2.4	VB2/20/1	☺

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

14.1	Die Prognose erfolgte für die gesamte Stadtverwaltung anhand von Durchschnittswerten der letzten Jahre.
14.2	Den Abschreibungen stehen Sonderpostenaufösungen gegenüber. Diese Abgrenzung ist über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes des Dritten aufzulösen. Diese Position ist unterjährig sehr schwierig zu prognostizieren.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
15) Transferaufwendungen	261.534.890	256.967.343	4.567.547	1,7%					

davon die größten Abweichungen:

15.1	Landschaftsumlage	56.745.609	56.096.825	648.784	-1,1%	Minderaufwand	649 T€		VB2/20/0	😊
15.2	Gewerbesteuerumlage und Fonds Deutsche Einheit	11.864.053	13.831.731	-1.967.678	16,6%	Neutral		1.2	VB2/20/2	😐
15.3	Kindertagesbetreuung U3	1.505.000	2.000.000	-495.000	32,9%	Mehraufwand	495 T€		VB3/55/4	😞
15.4	Hilfe zum Lebensunterhalt Asyl	13.701.168	4.700.000	9.001.168	-65,7%	Neutral		2.1	VB3/55/5	😐
15.5	Unterhaltsvorschuss	2.828.000	4.200.000	-1.372.000	48,5%	Mehraufwand	731 T€	6.2	VB3/55/7	😞
15.6	Grundsicherung	20.000.000	19.000.000	1.000.000	-5,0%	Neutral		6.3	VB3/55/7	😐
15.7	Zuschuss Theater	14.702.629	15.132.690	-430.061	2,9%	Mehraufwand	430 T€		VB3/46	😞
15.8	Diverse Projekte bei Jugend und Soziales	2.689.862	3.898.482	-1.208.620	44,9%	Mehraufwand	207 T€	2.2	VB3/55/3	😞
15.9	Pflege	1.835.500	2.260.000	-424.500	23,1%	Neutral		6.1	VB3/55/2	😐
15.10	Ambulante Eingliederungshilfe	1.500.000	1.630.000	-130.000	nicht im Plan	Mehraufwand	130 T€		VB3/55/6	😞
15.11	Martin Luther und Kinder- und Jugendpark Haspe	0	260.000	-260.000	nicht im Plan	Mehraufwand	26 T€	2.5	VB3/55/6	😞
15.12	Stationäre Eingliederungshilfen	2.550.000	2.300.000	250.000	-9,8%	Minderaufwand	250 T€		VB3/55/6	😊

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

15.1	Die Planung erfolgte unter der Prämisse eines Hebesatzes von 17,6%. Der Hebesatz wird jedoch voraussichtlich bei lediglich 17,4% festgesetzt.
15.2	Durch die höhere Gewerbesteuerprognose muss auch die Gewerbesteuerumlage und der Fonds Deutsche Einheit höher prognostiziert werden.
15.3	Ausweitung der Tagespflege aufgrund der steigenden Nachfrage nach U3 Betreuungsplätzen (es besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz). Enthalten sind außerdem Betreuungsgelder für Tagesmütter; die Elternbeiträge, die nach dem Einkommen errechnet werden, sind nicht kostendeckend.
15.4	Hilfe zum Lebensunterhalt-Leistungen (einschl. Benutzungsgebühren) für Asylbewerber. Aufgrund der tendenziell sinkenden Zahlen an Asylbewerbern im ersten Quartal, sinken auch die Aufwendungen für HzL-Leistungen. Korrespondiert mit 2.1 und 4.1.
15.5	Aufgrund der UVG-Reform, die zum 01.07.2017 in Kraft getreten ist, wird eine Fallzahlenverdopplung erwartet. Korrespondiert mit 6.2.
15.6	Der geringere Aufwand im Bereich der Grundsicherung entsteht dadurch, dass die angenommene Steigerung der Fallzahlen nicht eingetreten ist. Den Minderaufwendungen stehen entsprechende Mindererträge gegenüber (6.3).
15.7	Der Prognosewert entspricht dem politischen Beschluss und spiegelt zudem den Aufwand der Tarifierhöhung wieder.
15.8	Die Abweichung resultiert aus diversen Projekten im Bereich Jugend und Soziales (vorwiegend aus dem Projekt "Soziale Stadt Wehringhausen"). Die Aufwendungen korrespondieren mit höheren Erträgen.
15.9	Die höheren Aufwendungen resultieren aus der neuen Pflegestufenregelung und aus in Pflegefamilien lebenden behinderten Kindern, die in den Verantwortungsbereich des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe fallen. Den erhöhten Aufwendungen stehen Mehrerträge gegenüber.
15.10	Die Fallzahlen im Bereich ambulante Eingliederungshilfe steigen kontinuierlich - Hauptursache hierfür sind die Inklusionsbemühungen des Landes
15.11	Für die Projekte Martin Luther, sowie Kinder- und Jugendpark Haspe wurde eine Zuwendung i. H. v. 90% vereinnahmt, so dass die tatsächliche Mehrbelastung 26 T€ beträgt.
15.12	Rückläufige Fallzahlen bei den stationären Unterbringungen im Rahmen der Eingliederungshilfe

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	92.145.602	105.654.939	-13.509.336	-12,8%					

davon die größten Abweichungen:


16.1	Wertberichtigungen auf Forderungen	0	3.627.010	-3.627.010	nicht im Plan	Mehraufwand	2,05 Mio.€	7.1	VB2/20/1	☹
16.2	Mietaufwendungen (Asylbewerber)	1.221.000	2.700.000	-1.479.000	-54,8%	Mehraufwand	321 T€	4.1	VB3/55/5	☹
16.3	Leistungsbeteiligung KdU und einmalige Leistungen	54.681.500	59.206.869	-4.525.369	-7,6%	Mehraufwand	1,8 Mio.€	6.6	VB1/11	☹
16.4	Immobilien	4.385.320	4.889.628	-504.308	-10,3%	Neutral		5.1	60 zentral	☺
16.5	Auflösung geleisteter Investitionszuwendungen	0	1.014.849	-1.014.849	nicht geplant	Neutral		2.4	20 zentral	☺

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

16.1	Durchschnitt der Ist-Werte der letzten drei Jahre. Die Aufwendungen Wertberichtigung auf Forderungen sind nicht planbar und korrespondieren mit den Erträgen aus der Wertberichtigung auf Forderungen.
16.2	Durch weitere Zuweisungen von Flüchtlingen in 2017, einer Korrektur der überbelegten Unterkünfte und einer hohen Anzahl an Fehlbelegern konnte bisher wenig Wohnraum abgemietet werden. Zudem wurde eine dem Bedarf angepasste Bereitstellung von kurzfristigen Unterkunftsplätzen vorgehalten, um angekündigten neuen Flüchtlingen Wohnraum bieten zu können. Dies führt zu erhöhten Ausgaben im Bereich der Miet- und Pacht aufwendungen.
16.3	Die steigende Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten führt zu einem starken Anstieg der Aufwendungen für Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen. Dem stehen höhere Erstattungen gegenüber.
16.4	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.
16.5	1) Die Auflösung der Sonderposten ist analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens vorzunehmen. Der durch die Abschreibung in der Ergebnisrechnung angesetzte Aufwand wird so, zumindest anteilig, durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten finanziert, bzw. neutralisiert. 2) Auflösung geleistete Investitionszuwendungen: Gem. § 43 Abs. 2 GemHVO ist ein Investitionszuschuss an Dritte abzugrenzen, wenn die Zuwendung mit einem mehrjährigen einklagbaren Zweck verbunden ist. Diese Abgrenzung ist über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes des Dritten aufzulösen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
19) Finanzerträge	-11.420.160	-11.251.730	-168.430	-1,5%					

davon die größten Abweichungen:

19.1	Kreditweitergabe an WBH	-408.960	-140.000	-268.960	-65,8%	Minderertrag	269 T€		VB2/20/3	
------	-------------------------	----------	----------	----------	--------	--------------	--------	--	----------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

19.1	Die Abweichung ergibt sich aus der bisher noch nicht realisierten Kreditweitergabe an die WBH.
------	--

Haushaltsposition:	Plan 2017	Prognose 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-auswirkung
20) Finanzaufwendungen	24.650.000	23.214.771	1.435.229	5,8%					

davon die größten Abweichungen:

20.1	Zinsen	24.650.000	23.214.222	1.435.778	5,8%	Minderaufwand	1,4 Mio. €		VB2/20/3	😊
------	--------	------------	------------	-----------	------	----------------------	------------	--	----------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

20.1	Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus fallen günstigere Kreditzinsen an als geplant.
------	---

HSP Controlling-Bericht über die Konsolidierungsbeiträge 2017 und die Prognose 2021

II. Quartal 2017

Bericht zum Stand: 30.06.2017
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen,
Fachbereich Finanzen und Controlling,
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

Inhaltsverzeichnis:

Einführung	3
I. Teil	5
Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens	5
Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen	6
Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichung von mehr als 100 TSD €.....	8
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen	10
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen.....	11
Fazit	12
Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen	13
II. Teil	14
Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen	14
III. Teil.....	15
Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen.....	15
	Anlage

Einführung

Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des Haushaltssanierungsplans (HSP) übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des HSP zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März. des gleichen Jahres zusammen mit
dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

Berichtserstellung und Vorgehensweise

Mit dem Beschluss des HSP 2017 wurden 139 bestehende Maßnahmen fortgeschrieben, von denen fünf Maßnahmen ab dem Jahr 2017 ohne Konsolidierungspotenzial sind und zwei Maßnahmen zu einer Maßnahme zusammengefasst wurden. Informationen hierzu wurden im Bericht für das I. Quartal 2017 erteilt.

Somit ergeben sich nach wie vor 133 Konsolidierungsmaßnahmen, die Gegenstand dieses Berichts sind.

Die Ämter und Fachbereiche werden im Rahmen des Berichtswesens aufgefordert, die Planwerte für das laufende Jahr und für die mittelfristige Planung je Maßnahme zu überprüfen und Prognosen für das laufende Jahr sowie für die mittelfristige Planung abzugeben. Ergeben sich zwischen Plan und Prognose Abweichungen, werden in der Stellungnahme die Ursachen benannt. Bei negativen Abweichungen sind Ersatzmaßnahmen zu bilden. Liegen Veränderungen struktureller Natur vor, werden notwendige Planänderungen in der Fortschreibung des HSP angepasst.

Während dieser Phase stehen den Ämtern und Fachbereichen die dezentralen Betriebswirte und der Fachbereich Finanzen und Controlling für Rückfragen und Hilfestellung zur Verfügung.

Die Berichtsrückmeldungen aus den Ämtern und Fachbereichen werden zentral vom Fachbereich Finanzen und Controlling analysiert und ausgewertet.

Berichtsinhalte:

Im **I. Teil** des Berichts wird das erzielte Gesamtvolumen dem beschlossenen Planvolumen gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert.

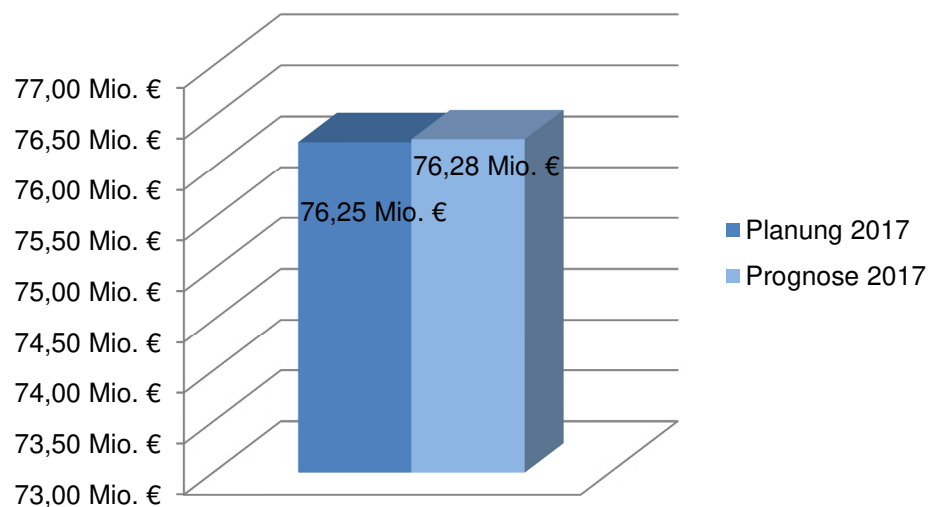
Im **II. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichung berechnet.

Im **III. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

I. Teil

Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens

Gesamtkonsolidierungsvolumen 2017



Im II. Quartal 2017 wird ein Konsolidierungserfolg in Höhe von 76.281.304 € verzeichnet.

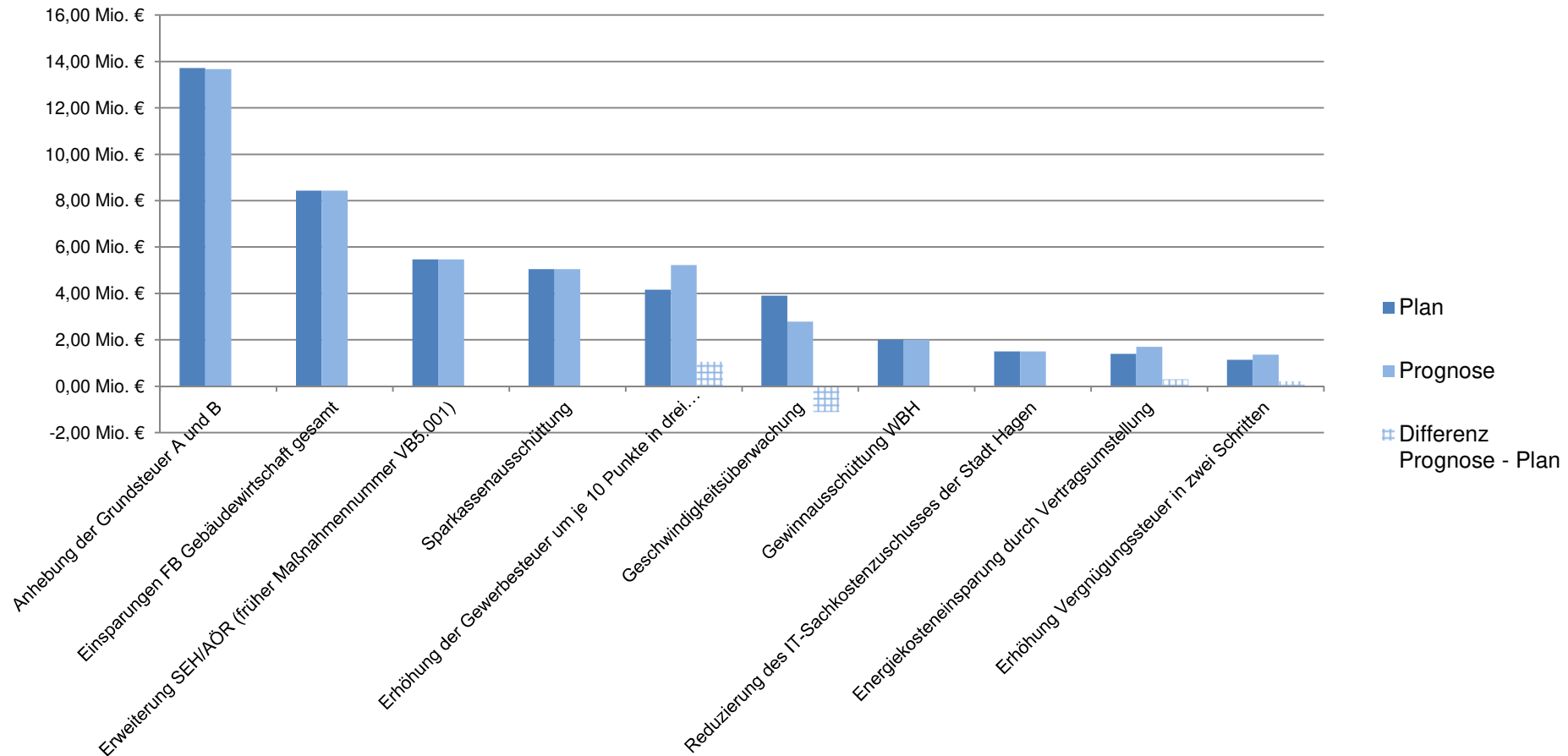
Die Verbesserung von 29.361 € gegenüber dem Planwert 76.251.943 € wird durch 2.288.935 € Aufwandsminderungen und Mehrerträge erzielt, denen aber Aufwandserhöhungen und Mindererträge von 2.259.574 € gegenüberstehen.

Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,71 Mio. €	13,67 Mio. €	-0,04 Mio. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8,43 Mio. €	8,43 Mio. €	0,00 Mio. €
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5,46 Mio. €	5,46 Mio. €	0,00 Mio. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5,05 Mio. €	5,05 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	5,22 Mio. €	1,06 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3,90 Mio. €	2,78 Mio. €	-1,12 Mio. €
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2,00 Mio. €	2,00 Mio. €	0,00 Mio. €
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	1,50 Mio. €	1,50 Mio. €	0,00 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,70 Mio. €	0,30 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,36 Mio. €	0,22 Mio. €
Gesamtsumme		46,76 Mio. €	47,17 Mio. €	0,41 Mio. €

In Bezug auf das Jahr 2016 steigt das Konsolidierungsvolumen für das Jahr 2017 um 1,83 Mio. € auf 76,25 Mio. €. 62 Prozent des geplanten Konsolidierungsvolumens des Jahres 2017 werden durch zehn Konsolidierungsmaßnahmen abgedeckt. Die Prognose dieser zehn Konsolidierungsmaßnahmen übersteigt in Summe den Planwert für das Jahr 2017. Der Einbruch bei der Maßnahme Geschwindigkeitsüberwachung kann durch die sich überaus gut entwickelnde Gewerbesteuer aufgefangen werden.

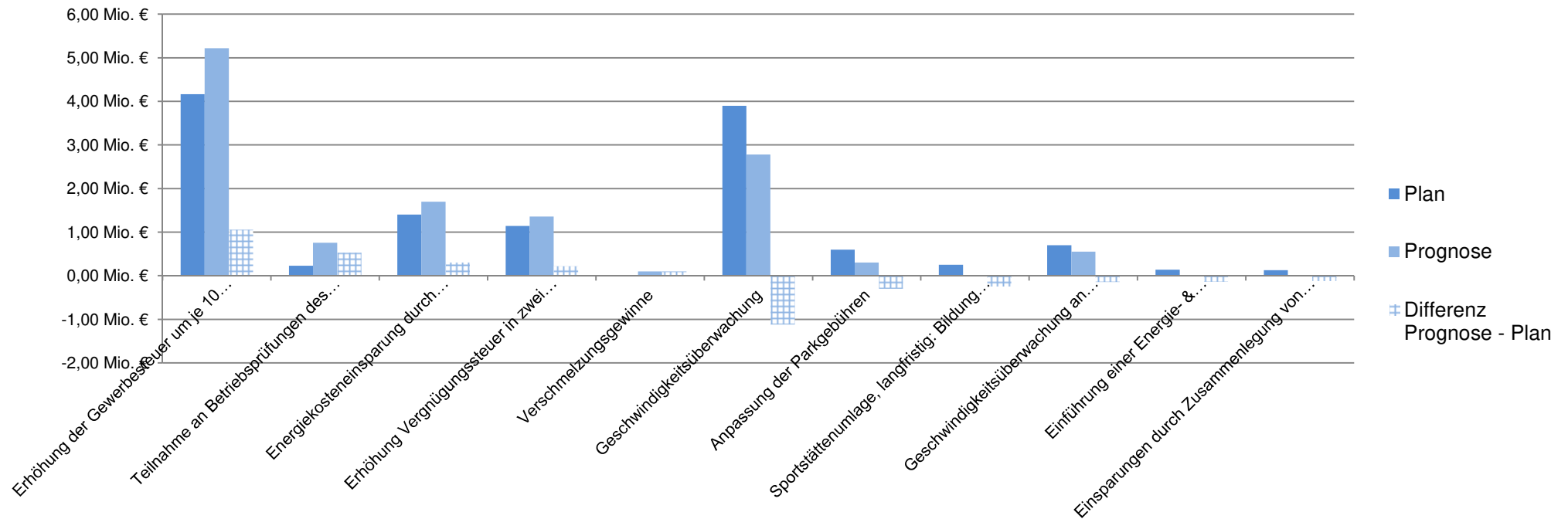
... im Überblick



Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichung von mehr als 100 TSD €

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	5,22 Mio. €	1,06 Mio. €
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	0,23 Mio. €	0,76 Mio. €	0,53 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,70 Mio. €	0,30 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,36 Mio. €	0,22 Mio. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	0,00 Mio. €	0,10 Mio. €	0,10 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3,90 Mio. €	2,78 Mio. €	-1,12 Mio. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	0,60 Mio. €	0,30 Mio. €	-0,30 Mio. €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	0,25 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,25 Mio. €
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	0,70 Mio. €	0,55 Mio. €	-0,15 Mio. €
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	0,14 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,14 Mio. €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	0,13 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,13 Mio. €
Gesamtsumme		12,65 Mio. €	12,77 Mio. €	0,12 Mio. €

... im Überblick



Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3.900.000 €	2.782.000 €	-1.118.000 €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600.000 €	300.000 €	-300.000 €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250.000 €	0 €	-250.000 €
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	700.000 €	552.000 €	-148.000 €
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	140.000 €	0 €	-140.000 €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	125.000 €	0 €	-125.000 €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13.713.128 €	13.671.211 €	-41.917 €
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	40.000 €	0 €	-40.000 €
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	57.000 €	26.103 €	-30.897 €
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	904.000 €	876.400 €	-27.600 €
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	20.000 €	0 €	-20.000 €
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	10.000 €	0 €	-10.000 €
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	15.000 €	9.300 €	-5.700 €
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	2.500 €	1.040 €	-1.460 €
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5.000 €	4.000 €	-1.000 €
Gesamtsumme		20.481.628 €	18.222.054 €	-2.259.574 €

Die Verwaltung geht davon aus, dass diese 15 Maßnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden können. Durch positive Änderungen anderer Maßnahmen ist ein Ausgleich des Gesamtkonsolidierungsbetrages 2017 derzeit möglich. Gegebenenfalls müssen Ersatzmaßnahmen zur Kompensation gebildet werden.

Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4.164.078 €	5.219.634 €	1.055.556 €
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	228.000 €	758.000 €	530.000 €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1.400.000 €	1.700.000 €	300.000 €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1.143.000 €	1.359.286 €	216.286 €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	0 €	100.450 €	100.450 €
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	5.000 €	54.100 €	49.100 €
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	91.000 €	125.500 €	34.500 €
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	5.000 €	7.344 €	2.344 €
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	26.300 €	27.000 €	700 €
Gesamtsumme		7.062.378 €	9.351.313 €	2.288.935 €

Fazit

		2017	
Unter-/Überschreitung		Plan	Differenz Prognose - Plan
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen		20.481.628 €	-2.259.574 €
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen		7.062.378 €	2.288.935 €
Gesamtsumme		27.544.006 €	29.361 €

Insgesamt wird das geplante Konsolidierungsziel um knapp 30.000 € überschritten.

Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

Die Stadt Hagen muss als pflichtig teilnehmende Gemeinde des Stärkungspakts im Jahr 2017 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Gelingt ihr das nicht, wird nach § 8 (Folgen von Pflichtverstößen) des Stärkungspaktgesetzes eine Frist zur Nachbesserung gesetzt. Greifen die Maßnahmen innerhalb der gesetzten Frist nicht, wird das zuständige Ministerium einen Beauftragten gemäß § 124 der GO NRW bestellen. Daher ist es besonders wichtig, frühzeitig Gefahren zu erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die folgenden Maßnahmen stuft die Verwaltung derzeit als kritisch ein. In der mittelfristigen Prognose für 2021 wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht.

Maßnahme	Bezeichnung	2017		2021		Stand
		Plan	Prognose	Plan	Prognose	
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	10.000 €	0 €	30.000 €	0 €	rot
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	20.000 €	0 €	20.000 €	0 €	rot
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	904.000 €	876.400 €	904.000 €	876.400 €	rot
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	125.000 €	0 €	250.000 €	0 €	rot
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	700.000 €	552.000 €	700.000 €	570.000 €	rot
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250.000 €	0 €	250.000 €	116.727 €	rot
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600.000 €	300.000 €	600.000 €	300.000 €	rot
Gesamtsumme		2.609.000 €	1.728.400 €	2.754.000 €	1.863.127 €	

II. Teil

Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Ertrags- und Aufwandsarten	2017			
	Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.229.074	23.143.827	1.914.753	9,02%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.847.663	1.847.663	0	0,00%
3 Sonstige Transfererträge	187.617	187.617	0	0,00%
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.133.797	1.851.997	-281.800	-13,21%
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	267.800	567.800	300.000	112,02%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	488.752	308.752	-180.000	-36,83%
7 Sonstige ordentliche Erträge	6.390.734	5.266.178	-1.124.556	-17,60%
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0,00%
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0,00%
10 Ordentliche Erträge	32.545.437	33.173.834	628.397	1,93%
11 Personalaufwendungen	11.996.045	11.909.066	-86.979	-0,73%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	0	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	17.038.531	16.660.913	-377.618	-2,22%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	0	0,00%
15 Transferaufwendungen	2.813.321	2.658.492	-154.829	-5,50%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.822.058	2.741.998	-80.060	-2,84%
17 Ordentliche Aufwendungen	34.712.306	34.012.820	-699.486	-2,02%
18 Summe Zeile 10 + 17	67.257.743	67.186.655	-71.088	-0,11%
19 Finanzerträge	8.500.000	2.600.450	-5.899.550	-69,41%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200	6.494.200	6.000.000	1214,08%
21 Finanzergebnis	8.994.200	9.094.650	100.450	1,12%
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	76.251.943	76.281.304	29.361	0,04%

III. Teil

Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Anlage zum Controllingbericht HSP 2017 – 2. Quartal

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	1ft. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Konsolidierung ist bereits in 2014 realisiert worden und wird auch in den Folgejahren komplett erreicht.
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	6130	2015	904.000	904.000	876.400	-27.600	96,95 %	96,95 %	rot	In den bisherigen Stellungnahmen wurden die erzielten Konsolidierungspotentiale detailliert dargestellt und erläutert, insofern wird an dieser Stelle auf die erneute Darstellung verzichtet. Durch die Fusion der Sparkasse Hagen/Herdecke und die Leistungserbringung für Arbeitssicherheit werden Einnahmen von 1.400 € zuzügl. MWSt zusätzlich erzielt werden. Da es sich bei interkommunaler Zusammenarbeit um einen dauernden Prozess handelt, zumal viele Kommunen aufgrund der Haushaltslage auch in diesen Bereichen neue Wege gehen, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Im Rahmen des Controllings der HSP-Fortschreibung ist aufgefallen, dass der Anteil der Gleichstellungsstelle an der Maßnahme bereits vor Meldung zur Konsolidierungsmaßnahme zur Haushaltsplanung 2016/2017 gemeldet wurde. Insofern ist leider keine Berücksichtigung mehr zur Maßnahme IKZ möglich und der gemeldete Anteil in Höhe von 29.000 € ist auch in der mittelfristigen Prognose von der Maßnahme wieder abzuziehen, so dass sich die Maßnahme unter Hinzuziehung des zusätzlichen Beitrages aus dem Bereich Arbeitssicherheit auf 876.400 € verändert.
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde bereits in voller Höhe in 2012 realisiert.
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	5450	2014	552.000	510.000	510.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Mit der Fortschreibung HSP 2017 wird diese Maßnahme mit 12_20.003 zusammengelegt. Insgesamt ist mit einem planmäßigen Verlauf zu rechnen.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	1ft. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme konnte bereits in 2012 in voller Höhe realisiert werden.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde im Jahr 2013 realisiert.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	758.000	530.000	332,46 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist durch die Einstellung des Betriebsprüfers umgesetzt. Durch außergewöhnlich positive Betriebsprüfungs-Ergebnisse, die allerdings in den Folgejahren kaum zu wiederholen sein werden, wird der angestrebte Konsolidierungserfolg im Jahr 2017 um 530.000,- € überschritten.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1222	2012	700.000	700.000	552.000	-148.000	78,86 %	81,43 %	rot	Die Maßnahme wird voraussichtlich in 2017 nicht gehalten werden können. Es wird mit Einbußen von rd. 148.000€ gerechnet (aufgrund Fallzahlenrückgang bei GÜA Bechelte Str. und Saarlandstr. FR Hohenlimburg von rd. 6.800 Fällen in 2017 - Hochrechnung mit Stand 08.05.2017).
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Stadtbildstelle wurde 2014 geschlossen. Das Konsolidierungsziel für die Haushaltsjahre 2014 - 2021 in Höhe von 5.000 Euro wird erreicht.
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	lft. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsbetrag kann voraussichtlich erzielt werden.
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird in voller Höhe realisiert.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	lft. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Der Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich erreicht.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	lft. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Einzelmaßnahmen, die diese Maßnahme bilden, wurden umgesetzt und das komplette Konsolidierungsziel wurde erreicht.
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3135	2012	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Nach derzeitigem Stand kann der Konsolidierungsbetrag realisiert werden. Die Umsetzung erfolgt im Bereich der Frühförderung.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	lft. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3115	2012	165.000	165.000	165.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird gehalten.
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	lft. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	AÖR	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Konsolidierungsvorgabe konnte durch sukzessive Reduzierung des Budgets WBH erreicht werden.
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	420.000	420.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Für 2017 wird davon ausgegangen, dass das Konsolidierungsziel erreicht wird. Ab dem Jahr 2020 wird der volle Konsolidierungseffekt in Höhe von 1,6 Mio. € realisiert.
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	HABIT	lft. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	HABIT	lft. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	1ft. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	1ft. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100,00 %		grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBA.005	Internetwerbung	1111	1ft. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	1ft. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Auftragslage ist zufriedenstellend, so dass zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden kann, dass die Maßnahmenplanung eingehalten wird.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	1ft. 2011	5.050.500	5.050.500	5.050.500	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Gewinnausschüttungen der Sparkasse lagen in den letzten Jahren stabil bei rd. 5 Mio. € netto. Bindende Absichtserklärungen bezüglich zukünftiger Ausschüttungen können jedoch nicht abgegeben werden. Gem § 20 (6) SparkG hat der Vorstand dem Verwaltungsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres ein Budget vorzulegen und den Verwaltungsrat zumindest in den ordentlichen Sitzungen über die Einhaltung des Budgets zu unterrichten (Soll-Ist-Vergleich). Weitergehende verbindliche Zusagen können nicht getroffen werden. Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Die Stadt Hagen erwartet auch für 2017 eine Nettoausschüttung in Höhe von rd. 5 Mio. €.
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses	1113	2013	36.060	36.060	36.060	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird in 2017 gehalten werden.
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	2014	200.000	200.000	200.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Obleich für das Jahr 2017 eine Reihe von notwendigen Gewässerunterhaltungmaßnahmen geplant sind, wird davon ausgegangen, dass das Konsolidierungsziel erreicht wird.
12_20.002	Vergnügungsteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	130.000	130.000	130.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Satzung wurde zum 01.08.2014 in Kraft gesetzt. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 strukturell um 10.000 € angehoben, das Konsolidierungsziel bei Maßnahme 12_20.005 entsprechend gesenkt. Aufgrund des derzeitigen Anordnungssolls ist mit einem planmäßigen Verlauf zu rechnen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Nach dem Wegfall größerer Steuerzahler liegt das jährliche Potential bei 20.000 €. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 um 10.000 € gesenkt und im Gegenzug bei Maßnahme 12_20.002 um den gleichen Betrag erhöht. Die Maßnahme verläuft voraussichtlich planmäßig.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.713.128	13.713.128	13.671.211	-41.917	99,69 %	100,00 %	gelb	Aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete erhöhen sich die Erträge aus Grundsteuer B im Haushalt ab dem Jahr 2016 strukturell um rund 500.000 €. Die zusätzlich zur strukturellen Erhöhung geplante Steigerung in 2017 kann voraussichtlich nicht erreicht werden. Es ergibt sich daraus eine Verschlechterung der Maßnahme um knapp 42.000 €.
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1121	2013	16.000	16.000	16.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde zum 1.1.2013 umgesetzt. Die ab 2016 geltenden Portogebühren i.H.v. 70 Cent wurden berücksichtigt, führen jedoch zu keinem weiteren Konsolidierungserfolg, da in gleicher Höhe ein Aufwand gegenübersteht.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	4.164.078	5.219.634	1.055.556	125,35 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die Verwaltung geht für 2017 von einer gleich guten Konjunktur wie 2016 aus, so dass das Steueraufkommen der Maßnahme auf knapp 83,5 Mio. € angehoben wurde. In 2017 verläuft die Maßnahme voraussichtlich überplanmäßig, da die Gewerbesteuer gesamt auf etwa 105 Mio. prognostiziert wird.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.143.000	1.143.000	1.359.286	216.286	118,92 %	100,00 %	grün	Der zweite Schritt der Steuererhöhung wurde mit Satzungsbeschluss vom 11.12.2014 vollständig umgesetzt. Die zusätzliche Steuersatzerhöhung um 1 % dient der Teilkompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene" (14_SZS.001) und Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002). In 2017 wird trotz der neuen Rechtslage noch ein Vergnügungssteuerertrag von 5,1 Mio. erwartet. Dies führt bei dieser Maßnahme zu einem Mehrerfolg von 216.286 €.
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	2016	137.900	137.900	137.900	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1125	2016	30.000	30.000	30.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Durch die Änderung der Hauptsatzung konnte die beschlossene Erhöhung 20.000 € (Ratsbeschluss 17.03.2016) um 10.000,- € verbessert werden.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits eingehalten. Die Konsolidierungsmaßnahme kann in 2017 gehalten werden.
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	1.700	1.700	1.700	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme läuft planmäßig.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1222	2013	26.000	26.300	27.000	700	102,66 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft positiver als geplant und kann in 2017 vermutlich gehalten werden.
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	1270	2014	300.000	300.000	300.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	850.000	850.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Das Einsparvolumen dieser Maßnahme beträgt insgesamt 850 T€. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 350 T€ im Bereich der Personalaufwendungen und einen weiteren Betrag i.H.v. 500 T€ für Sachaufwendungen. Die Konsolidierungsbeträge sind in den Wirtschaftsplänen ab 2015 eingeplant. Die Konsolidierungssumme wurde für das Jahr 2016 veranschlagt und 2016 gehoben. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2521	2012	10.000	10.000	10.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	80.000	39.600	39.600	0	100,00 %	100,00 %	gelb	Das Konzept der Vermietung der Lehrerparkplätze beinhaltet eine Ausdehnung der bereits praktizierten Bewirtschaftung der Schulparkplätze im Innenstadtbereich auf alle weiteren Schulen im Stadtgebiet. Im Ratsbeschluss vom 25.05.2005 wurde festgelegt, dass das Anwohnerparkraumkonzept nicht über den Innenstadtbereich hinaus ausgedehnt wird. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand. Der Beschluss zur Erhöhung der Maßnahme wurde im Mai 2016 getroffen. 16 Schulen verfügen über keine Parkplätze, wodurch die Generierung von Einnahmen entfällt. Aufgrund bestehender Parkalternativen wird zudem das Angebot der Anmietung nicht umfassend angenommen. Da es zudem in weiten Teilen der Schulleitung noch an einer Akzeptanz bezogen auf eine Vermietung der Lehrerparkplätze fehlt, kommt es auch in zeitlicher Hinsicht zu einigen Verzögerungen. Die für 2017 prognostizierten 39.600 ,-- Euro stellen das zum jetzigen Sachstand gesicherte Mindesteinnahmenvolumen dar.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3141	2017	100.000	100.000	100.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Unter der Voraussetzung einer auskömmlichen Personalausstattung kann davon ausgegangen werden, dass die Maßnahme gehalten werden kann.
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	900.000	900.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Aufgrund der aktuell bestehenden Regelung sind die Erträge bis zum Kindergartenjahr 2018-2019 sichergestellt. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotential wurde bereits in 2014 gehoben.
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 abgeschlossen.
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 in voller Höhe realisiert. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.
12_GWH.005 (alt: 11_20.010)	Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	5450	2014	29.880	29.880	29.880	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt und der Ansatz entsprechend für 2017 reduziert. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	AÖR	2015	300.000	300.000	300.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsmaßnahme wurde bereits bei der Haushaltsplanung 2014/2015 berücksichtigt und das Budget WBH entsprechend reduziert. Es wird davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	1114	2014	0	600.000	600.000	0	100,00 %		grün	Auf der Basis einer mit dem Personalrat im Jahr 2015 geschlossenen entsprechenden Dienstvereinbarung bleibt die Verwaltung im Jahr 2017 an insgesamt 6 Werktagen wie z.B. zwischen dem 27. - 29.12. geschlossen. Diese Maßnahme wird flankiert durch die Einrichtung eines Berichtswesen für Führungskräfte zum vorhandenen Stand des Zeitguthabens und der Urlaubstage ihrer Mitarbeiter, so dass im Jahr 2017 von einem planmäßigen Konsolidierungsergebnis ausgegangen wird.
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	5.000	5.000	54.100	49.100	1082,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Aktuell konnten schon 10 Feuerwehrfahrzeuge verkauft werden. Der Verkaufserlös beläuft sich insgesamt auf rund 54.100,00 €.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	5.000	5.000	7.344	2.344	146,88 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Zwei Rettungsdienstfahrzeuge (1 ehemaliges NEF = 2.850 € und 1 KTW = 4.494 €) konnten im Jahr 2017 bereits versteigert werden.
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	0	250.000	250.000	0	100,00 %		grün	Bereits in 2014 wurde ein Betrag von 760.245 € (ursprünglicher Konsolidierungsansatz 500.000 € für 2014 und 2015) erfolgreich realisiert. In 2016 sind Erlöse über Bilanzwert in Höhe von insgesamt ca. 792.000 € erzielt worden. Für 2017 wird weiterhin mit einem zusätzlichen Ertrag in Höhe von von 250.0000 € gerechnet.
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	6130	2016	5.000	5.000	4.000	-1.000	80,00 %	100,00 %	gelb	Im Jahr 2015 konnte durch die unterjährige Kündigung der Regelung über die Erstattung dienstlich genutzter Privathandys eine Konsolidierungssumme in Höhe von 3.000 € generiert werden. Für das komplette Jahr 2017 wird hierfür eine Konsolidierung von 4.000 € prognostiziert. Weitere Einsparpotentiale sind nicht zu erwarten.
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	144.000	144.000	144.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist bereits 2015 angelaufen. Sie wurde am 30.6.2016 beendet, weil kein Zuwachs an Hunden mehr zu verzeichnen war. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6120	2015	378.600	494.200	494.200	0	100,00 %	100,00 %	grün	Durch aktives Schuldenmanagement im Rahmen der Emission von Schulscheindarlehen kann der Zinsaufwand für 2014 und 10 Folgejahre reduziert werden. Das Konsolidierungsziel wurde auf Grund weiterer Schulscheinemissionen angepasst. Die Maßnahme ist realisiert.
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1121	2015	15.000	15.000	15.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist im Laufe des Jahres 2014 erfolgt und entwickelt sich planmäßig.
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1126	2014	120.000	120.000	120.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1222	2014	700.000	3.900.000	2.782.000	-1.118.000	71,33 %	100,00 %	gelb	Die zweite mobile Geschwindigkeitsmessanlage wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. Die stationäre Überwachungsanlage auf der BAB A45 /Baustelle Lennetalbrücke wurde im Juli 2015 in Betrieb genommen. Die bisher durch die Polizei in diesem Bereich vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen wurden dieser Maßnahme bereits zugeordnet. Nach Abschluss der Baumaßnahme an der Lennetalbrücke (voraussichtl. 3. Quartal 2019) wird die Geschwindigkeitsmessanlage wieder außer Betrieb gesetzt. Die Überwachungsanlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring sind seit 23.03.2016 in Betrieb, die Anlagen liefern bisher die erwarteten Fallzahlen. Fallzahleneinbruch aufgrund des Einzuges der dritten Spur im Bereich des Baustellenabschnittes Lennetalbrücke seit dem 09.03.2017, die Fallzahlen sind seitdem auf rd. 1/3 der bisherigen Werte zurück gegangen.
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 48	2014	373.000	373.000	373.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der geplante Konsolidierungsbetrag wird vorraussichtlich erreicht.
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	9.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Konsolidierungsbeitrag wird vorraussichtlich erreicht.
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	38.400	38.400	38.400	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde ab Sommer 2015 umgesetzt. Der Konsolidierungsbeitrag wird vorraussichtlich erreicht.
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	75.000	75.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5460	2014	600.000	600.000	300.000	-300.000	50,00 %	50,00 %	rot	Die Annahme, dass die Erhöhung des Gebührentarifs von 1,00 EUR auf 1,50 EUR pro Stunde dazu führt, dass auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, wird sich nicht mehr bestätigen. Auch nach der Beendigung der Umbauphase der Volme-Galerie wurden bisher keine weiteren Mehreinnahmen erzielt. Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass strukturell nur 300.000 € erzielt werden.
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5540	2015	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Einsparung wird wie geplant erfolgen.
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	2014	100.000	100.000	100.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5380	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	5510	2014	10.377	10.377	10.377	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1115	2020	800.000	0			NB	100,00 %	grün	Siehe Seite 18 dieser Anlage
14_VB4.001	Kürzung Kulturbudget 10%	2561	2018	2.250.000					100,00 %	grün	<p>Im HFA am 16.06.2016 und im Rat am 30.06.2016 wurde der Beschluss, dass die Theater Hagen gGmbH 1,5 Mio. € weiteres Konsolidierungsvolumen erbringen muss, nochmals bestärkt. Die Vorlage sowie die Konzepte für VHS, Stadtbücherei, Musikschule und Fachbereich Kultur wurden mit Schreiben vom 16.06.2016 übersandt. Das Konsolidierungsvolumen i.H.v. 1,5 Mio. € für das Theater ist ab 2018 vom Zuschuss abgezogen und somit in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme voll umgesetzt wird. Im Mai 2017 wurden die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Konsolidierungszieles (Anteil Theater) vom Rat beschlossen (0341/2017).</p> <p>Ab dem HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 (2.250.000 €) in folgende Maßnahmen auf: 18_46.001 (1.260.000 €), 18_46.002 (120.000 €), 16_37.001 (120.000 €), 18_48.001 (310.000 €), 18_48.002 (222.000 €), 18_48.003 (38.000 €), 18_49.001 (180.000 €).</p>
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	20.000	20.000	20.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Planung wurde ab 2017 auf 20.000,- € herabgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Betrag erreicht wird.
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	2016	800.000	800.000	800.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Erträge aus der Auflösung Sonderposten wurden bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Der Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich erreicht.
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primarbereich	2111	2016	11.460	11.460	11.460	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Die Konsolidierung wird voraussichtlich erbracht.
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	2016	825.122	721.520	721.520	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3610	2016	20.717	20.717	20.717	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	2016	393.631	393.631	393.631	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	2016	0	91.000	125.500	34.500	137,91 %		grün	Die Aufgabe von Schulen, Sport- oder Spielplätzen und anderen Gebäuden zieht die Umplanung der in den Bebauungsplänen als öffentliche Fläche festgesetzten Grundstücke mit der Durchführung von entsprechenden Planverfahren nach sich. Der VV hat in seiner Sitzung am 25.08.2015 entschieden, den Personalbestand um 2 zusätzliche Bauleitplaner zu erweitern. Ziel soll es sein, mit diesen Bauleitplanern Bebauungspläne für Grundstücke zu erstellen, um diese überhaupt oder besser vermarkten zu können, so dass zusätzliche Erträge generiert werden können. Nach Recherchen von 61 können so ca 80 - 100 neue Baugrundstücke veräußert werden. Die Kosten für die 2 Bauleitplaner werden mit jährlich 109.000 Euro beziffert. Nach einer exemplarischen Übersicht von Flächen können in den Jahren 2016 - 2020 durchschnittlich vor Abzug der Personalkosten Erträge in Höhe von jährlich 200.000 Euro erzielt werden. Die Offenlage der ersten 2 Bebauungsplanverfahren ist in der Ratssitzung am 15.12.2016 beschlossen worden, so dass Erlöse in 2017 zu erwarten sind. Der geplante Konsolidierungsbetrag wird daher voraussichtlich erreicht. Zum 01.01.2017 ist eine Stelle unbesetzt. Personalkosten fallen daher nur hälftig an.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	2015	18.000	18.000	18.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100,00 %	100,00 %	grün	Der Nutzungsvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Die Maßnahme ist realisiert.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die ertragswirksame Auflösung der Sportpauschale dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat beschlossen wurden. Siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_FBOB.001 "Zuschusskürzung agentur mark GmbH". Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	2016	7.250	7.250	7.250	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Ansatzreduzierung ist bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden. Die Maßnahme ist umgesetzt.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & Home Office (Einsparung von Räumen)	1114		0	0	0	0	NB		grün	Ein Konzept zum Thema "Non-territoriale Arbeitsplätze" ist derzeit noch nicht umsetzbar ohne die Einführung des Dokumentenmanagement Systems (DMS). Die Einführung von DMS wird vor einer verwaltungsweiten Umsetzung aktuell zunächst in einzelnen Bereichen vorgenommen, um Erkenntnisse für eine verwaltungsweite Umsetzung zu sammeln. Im Anschluss kann auch mit einer Planung zur verwaltungsweiten Umsetzung begonnen werden. Mit Ergebnissen zum Thema ist daher nicht vor Ende 2018 zu rechnen.
16_20.001	Enervie-Darlehen - hier: Bürgerschaftsprovisionen	1150	2016	0	351.900	351.900	0	100,00 %		grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_25.002	„Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker“	1116	2018	15.000	0	0	0	NB	100,00 %	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Realisierung der Maßnahme wird kritisch gesehen. Es ist daher im weiteren Verlauf über eine Ersatzmaßnahme nachzudenken.
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	1220	2017	2.500	2.500	1.040	-1.460	41,60 %	100,00 %	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 30.06.2016 beschlossen. Die Zusammenlegung der Schiedsgerichtsbezirke ist teilweise erfolgt und wird in 2017 planmäßig abgeschlossen. Der vollständige Konsolidierungseffekt wird ab 2018 erzielt.
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (satzungsgem.)	1260	2016	100.000	100.000	100.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3610	2016	26.550	6.679	6.679	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	130.000	126.910	126.910	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	2016	500.000	500.000	500.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Stadt Hagen gehört, wie die Städte Duisburg und Dortmund auch, zu den Städten, die in den letzten Jahren einen erhöhten Zuzug von EU-Binnenmigranten aus Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen hatten. Diese Zuzüge geschehen nicht zufällig sondern sind organisiert. Es ist in vielen Fällen fraglich, ob die zugezogenen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben oder ob Ihnen vorgespiegelt worden ist, in Deutschland eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Vielfach finden sich diese Menschen im Bezug von Sozialleistungen wieder. Derzeit lässt sich wieder ein Anstieg an Zuwanderung aus SO-Europa erkennen, die in 2016 initiierten Maßnahmen werden fortgeführt und der Gesamtbetrag der Konsolidierung für 2017 erscheint realistisch.
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	2016	260.000	260.000	260.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Durch eine in 2017 weiterhin durchgeführte intensive Ansprache der Leistungsbezieher in Bezug auf eine Überprüfung der Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen im Kontext des jeweiligen Mietverhältnisses beim Jobcenter geht das Jobcenter nach den bisherigen Ergebnissen von einer Zielerreichung in diesem Jahr aus.
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngeldhöhung	3112	2016	300.000	300.000	300.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Aufgrund der weiteren Prüfung eines Wohngeldanspruches, ist die zu erreichende Ersparnis auch für 2017 realistisch.
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	2016	120.000	120.000	120.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Für 2017 ist damit zu rechnen, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann.
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	2017	200.000	100.000	100.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	2016	10.000	10.000	10.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen und bei der Haushaltsplanung 2016/2017 bereits berücksichtigt. Das WBH-Budget wurde entsprechend reduziert. Die Einsparung kann daher strukturell erzielt werden.
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	5372	2016	20.000	20.000	0	-20.000	0,00 %	0,00 %	rot	In der Fortschreibung 2017 wurde die Maßnahme von 45.000 € auf 20.000 € herabgesetzt. Die Umsetzung der Maßnahme wird als kritisch eingestuft. Um die Fallzahlen zu erhöhen, müsste mehr Personal vor Ort ahnden können. Bei den ahndbaren Fällen können die Bußgelder nicht willkürlich erhöht werden

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	2016	4.275	4.275	4.275	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen unter Aussparung der Kürzung im Bereich Städtepartnerschaften	1111	2016	11.000	11.000	11.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	2020	36.409	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	2020	25.319	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	2020	231.700	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.013	Enervie-Darlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	5731	2016	0	150.000	150.000	0	100,00 %		grün	Das Konsolidierungsziel 2017 beträgt 150.000 € beträgt. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	2017	7.000	7.000	7.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Der Vertrag mit dem externen Dienstleister für die Tontechnik ist nicht mehr über das Jahr 2016 hinaus verlängert worden.
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	2020	0	0	0	0	NB		grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5380	2017	500.000	500.000	500.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	2016	15.000	15.000	15.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1117	2016	5.370	5.370	5.370	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme weiterhin umgesetzt werden kann.
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1120	2016	0	0	100.450	100.450	NB		grün	Aufgrund des sehr positiven Ergebnisses der Gewinn- und Verlustrechnung der GWH ergab sich in 2016 ein Verschmelzungsgewinn von 2,179 Mio. €, wovon in 2016 2,078 Mio. € und in 2017 rund 100.000 € ergebniswirksam werden.
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	2016	8.626.325	8.426.325	8.426.325	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Konsolidierung kann in 2017 voraussichtlich erbracht werden.
16_HABIT.001	Verfahrens- und Lizenzüberprüfung für jedes Amt	div. HA	2018	100.000	0	0	0	NB	100,00 %	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach jetzigem Stand für 2020 angedacht.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	2016	130.000	57.000	26.103	-30.897	45,79 %	100,00 %	gelb	Die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung. Die Schulen werden sukzessive an Caterer übergeben, hierdurch kommt es im FB 48 zu Sachkostenausweitungen. Die Umsetzung an der Gesamtschule Eilpe ist zum 09.01.2017 erfolgt. Die Gesamtschule Haspe ist für den 01.08.2018 terminiert. Die Realisierung in den anderen Schulen wird ebenfalls zum 01.08.2018 angestrebt. Dann können auch die vollständigen Kosten der Caterer genau beziffert werden, bis dahin wird der Wert (2.140,11 € / Monat) der aktuellen Verträge auch für die anderen Schulen prognostiziert.
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	PK	2016	65.000	0	0	0	NB	100,00 %	grün	In seiner letzten Sitzung hat sich der Arbeitskreis (VB4, VB5, VB2, 65, 32, 25, 11) auf eine der vorgestellten Einsparungs-Varianten geeinigt. Mit dem Beginn der organisatorischen und personellen Umsetzung ist frühestens zum 01.10.2017 zu rechnen, so dass erste Konsolidierungserfolge für das Jahr 2018 erwartet werden.-
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	2016	90.400	90.400	90.400	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Stelle 30010599 ist zum 01.09.2016 frei geworden. Die Stelle 30011279 ist zum 01.01.2017 durch das Ausscheiden des Mitarbeiters in den Ruhestand frei geworden. Die Maßnahmen werden inkl. Stellenfortfall zum nächsten Stellenplan wie beschlossen umgesetzt.
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	PK	2017	30.000	10.000	0	-10.000	0,00 %	0,00 %	rot	Eine Sondierung des Angebotes auf dem Markt läuft noch. Auch die Aufstellmöglichkeiten bleiben in der Planung berücksichtigt. Ein genauer Abschlußtermin ist noch offen. Der Umsetzungsstand ist in 2017 noch nicht absehbar.
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Bisher ist keine Rückmeldung zur Übernahme von Aufgaben durch die Bürgerämter mit gleichzeitigem Abbau von Personal erfolgt. Eine Abfrage innerhalb der Stadtverwaltung läuft noch.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Erste Sondierungstermine (HABIT, 11, 32) wurden geführt. Die Umsetzbarkeit ist noch in der Prüfung. Auch die Aufstellung wird bei der Planung berücksichtigt.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100,00 %	grün	Die Maßnahme ist weiterhin in der Planung. Nach derzeitigem Stand ist weiterhin davon auszugehen, dass die Maßnahme bis 2019 umgesetzt werden kann.
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	2017	15.000	15.000	9.300	-5.700	62,00 %	100,00 %	gelb	Die Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse ist zur Vermeidung des prozessualen Risikos vorzeitig nicht möglich. Die Beschäftigungen werden 2019 altersbedingt beendet sein. Da das Konsolidierungsziel nicht vollständig erreicht werden kann, wird seitens 48 eine Ersatzmaßnahme erbracht werden müssen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	PK	2017	250.000	125.000	0	-125.000	0,00 %	0,00 %	rot	Die technischen Voraussetzungen stehen vor der Umsetzung. Auch die Umzugsplanung ist angestoßen. Des Fachbereich 32 sieht aber kein Einsparpotenzial in der Zusammenlegung und lehnt eine Einheitssachbearbeitung ab. Daher ist der Konsolidierungsbeitrag in Gefahr bzw. nicht umsetzbar.
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	PK	2017	95.000	95.000	95.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Für eine Realisierung wäre zwingend Voraussetzung, dass die Fallzahlen und die Bearbeitungszeiten (Menschen mit ausländischem Hintergrund) konstant bleiben, sich also nicht erhöhen. Da diese Voraussetzung nicht gegeben ist, mussten die Stellen OM30011041 und OM30011042 nachbesetzt werden (diese waren für den Fortfall vorgesehen). Da die beiden Stellen zunächst freigezogen waren und sich nur durch Steigerung der Fallzahlen und arbeitsintensivere Kundengruppen ein Mehraufwand von 2 Stellen im gleichen Personalkostenvolumen ergeben hat, ist die Konsolidierung als erbracht anzusehen.
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK	2017	39.000	39.000	39.000	0	100,00 %	100,00 %	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Eine Nachbesetzung ist nicht erfolgt / geplant.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4240	2017	140.000	140.000	0	-140.000	0,00 %	100,00 %	gelb	Die Einführung der Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die ersten Vorbereitungen für die Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zurückzustellen. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Aufgrund der Prüfung wird die Einführung der Umlage voraussichtlich zum 01.01.2018 erfolgen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	2017	40.000	40.000	0	-40.000	0,00 %	100,00 %	gelb	Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die Einführung der Umlage soll zum 01.01.2018 erfolgen. Die ersten Vorbereitungen für die Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zurückzustellen. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Aufgrund der Prüfung wird die Einführung der Umlage voraussichtlich zum 01.01.2018 erfolgen.
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	div. SZS	2017	250.000	250.000	0	-250.000	0,00 %	46,69 %	rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. In dieser Sitzung wurde ebenfalls die Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage beschlossen. Diese Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung der Maßnahme. Der Antrag zu einer rechtsverbindlichen Auskunft der Finanzbehörde wurde zwischenzeitlich gestellt. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Das Ergebnis fließt dann in die z. Zt. ausgesetzte Umsetzungsvorlage ein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Einführung und Umsetzung des BgA Sportstätten nach Ratsbeschluss frühestens zum 01.01.2018 möglich. Das beschlossene Einsparpotenzial in Höhe von 250 T. € kann strukturell nicht gehalten werden, da ausschließlich für den Erwachsenen sportbereich eine Umsetzung beschlossen wurde. Die ersten Berechnungen sind auf Grundlage des Gesamtsportbereiches (Erwachsene, Jugendliche und Kinder) erfolgt. Nach der Einschränkung auf den Erwachsenen sportbereich durch den o.g. Ratsbeschluss und den z. Zt. Vorliegenden Berechnungen auf Basis des Jahres 2015 kann nur noch ein Vorsteuerpotenzial von 116.727 € für die Folgejahre festgestellt werden.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung von Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4240		0	0	0	0	NB		grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Das Konzept und die Rahmenbedingungen wurden mit Vorlage 0394/2016 zur Beschlussfassung in der Ratssitzung am 02.09.2016 vorgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass frühestens für das HHJ 2017 ein erstes Konsolidierungsergebnis benannt werden kann. Der Entwurf zur Vermarktung der Namensrechte wurde am 29.06.2016 dem Sport- und Freizeitausschuss vorgestellt und dahingehend erweitert, dass realisierte Einnahmen zu 70 % für die Vereine und 30 % für die Unterhaltung der Sportstätten in den städt. Haushalt einfließen. In der Ratssitzung am 22.09.2016 wurde diesem Modell zur Vermarktung der Namensrechte zugestimmt, unter der Maßgabe, dass nach Einrichtung des BgA Sportstätten, die Verwaltung ein entsprechendes Konzept entwickelt, in dem abschließend auch die Verwendung der dann eingeworbenen Mittel geregelt wird.
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	2016	1.160.000	1.400.000	1.700.000	300.000	121,43 %	100,00 %	grün	Die Abrechnung der Stromkosten für die gesamte Straßenbeleuchtung wird unter einem Kostenpunkt zusammengefasst. Dies führt allein schon zu einer deutlichen Reduzierung der staatlichen Entgelte für die Straßenbeleuchtung von 80 T€/Jahr. Durch die Erneuerungsmaßnahmen im Bereich Straßenbeleuchtung, können Stromkosteneinsparung erbracht werden. Weiterhin konnten weitere Einsparungen zum Schwerpunkt des Energiebezuges im Bereich von Strom und Gas bei der Gebäudeversorgung erzielt werden. Zudem können durch diverse andere Maßnahmen weitere 200 T€ konsolidiert werden. Aufgrund dessen konnte die Maßnahmenplanung in den Jahren 2017 - 2019 um jeweils 240.000€ angehoben werden. Dies konnte auch ohne Kündigung der Verträge erreicht werden. Die Konsolidierung wird voraussichtlich erreicht und durch die Erstattungen aus 2016 durch den WBH noch überschritten.
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	lfd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100,00 %	100,00 %	grün	Auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre ist davon auszugehen, dass die geplante strukturelle Personalkostenkonsolidierung im Haushaltsjahr 2017 erbracht werden kann.
Gesamtsumme				76.532.219	76.251.943	76.281.304	29.361				

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT										

Stellungnahme zur Maßnahme 14_Habit.001

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen eine Untersuchung durchgeführt und empfiehlt eine stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT. Durch eine Zusammenführung der beiden Rechenzentren HABIT und IT der Wirtschaftsbetriebe (bzw. Aufgabe eines Rechenzentrums) soll ein Einsparpotenzial von 500.000 € erzielt werden.

Die konkreten Einzelheiten dieser Maßnahme wurden im Laufe des Jahres 2014 mit Hilfe der GPA ermittelt, die hierzu einen externen IT-Berater beauftragte. Die Ausschreibung seitens der GPA ist nach wie vor in Vorbereitung. Die von der GPA im Rahmen der Konsolidierungsberatung zu beauftragende Prozess-Untersuchung soll ihre Schwerpunkte an Hand der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung setzen. Im Laufe der letzten Monate ergaben sich durch verschiedene Kontakte mit anderen Kommunen aber Hinweise, dass hinsichtlich der Zurechnung von verwaltungsinternen Prozessen und Personalanteilen zu HABIT-Dienstleistungen nicht in allen Kommunen die Daten so aufbereitet wurden, wie dies in Hagen erfolgt ist. In Hagen wurden dezentrale Funktionen offenbar in stärkerem Maße den HABIT-Prozessen zugeordnet, als dies in anderen Städten erfolgt ist. Dies führt nach Einschätzung des HABIT und des Fachbereiches 11 zu einer im interkommunalen Vergleich überhöhten Belastung dieser Prozesse. Daher wurden einige Ergebnisse mit der GPA neu diskutiert und bereinigte Zahlen von Seiten der Stadt geliefert. Da diese neuen Zahlen nach Einschätzung von HABIT Einfluss auf die Schwerpunktsetzung der Prozessuntersuchung haben können, wurde die Vergabe von hier aus zurückgestellt, bis die endgültigen Erkenntnisse zu dem Themenkomplex EDV vorliegen. Es war zunächst beabsichtigt, auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der überörtlichen Prüfung im Bereich IT die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA aus der Sicht der Stadt noch einmal kurzfristig zu überarbeiten. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hagener Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll, die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hatte sich der Beginn der Vorarbeiten verzögert.

Zwischenzeitlich zeigt sich jedoch, dass die personellen und finanziellen Ressourcen beim HABIT zur Umsetzung einer solchen stadtweiten Konzeption während der Bau- und Umzugsphasen für das Haupt-Rechenzentrum, das Backup-Rechenzentrum und die neuen Büroräume des HABIT keinesfalls gegeben sind. Um jetzt keine Konzepte auf Basis unzureichender Voraussetzungen zu entwickeln, die dann in zwei oder drei Jahren erneut überarbeitet werden müssen, muss der Start der Maßnahme nun auf den Zeitraum nach Fertigstellung der beiden Rechenzentren und dem Büroumzug des HABIT verschoben werden.

An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Nach den genannten Umzügen wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Der Rat beschloss am 07.04.2016 den HSP 2016/2017 und somit die Verschiebung der Maßnahme unter Berücksichtigung des Effekts der alten Maßnahme 15_11.001 in Höhe von 300 TEUR im Jahr 2021. Im HSP 2016/2017 wurden für den Zeitraum der Verschiebung entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen beschlossen.

Mit Bezug auf die Anmerkung in der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung für das HSP 2017 teilt die Verwaltung mit, dass nach Abschluss der Umzugsarbeiten für das Rechenzentrum durch Beauftragung der GPA eine externe Untersuchung vorgesehen ist, die zum Einen eine stadtweite Prozessoptimierung durch verstärkte Nutzung digitaler Prozesse und zum Anderen den Prozessablauf innerhalb des HABIT überprüfen soll.

Hinweise zur "Ampel-Bewertung"

Aufgrund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet. Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021.

Rot: In der mittelfristigen Prognose wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als die Planung in der Fortschreibung des HSP 2017.